

Grafshausen, Hofheim, den 13. Juni 1908.

Kommunalf.:
Hofheim, Grafshausen, Fach
und die Hofheim.
Hofheim, Hofheim, Hofheim, Hofheim
Hofheim, Hofheim, Hofheim, Hofheim
Hofheim, Hofheim, Hofheim, Hofheim

100 Jahre SPD-Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung von

Hofheim a. T.

1908 bis 2008: Eine Dokumentation

Verfasser ist Herr Wilhelm Klugger.

Hofheim, Hofheim, Hofheim, Hofheim
Hofheim, Hofheim, Hofheim, Hofheim
Hofheim, Hofheim, Hofheim, Hofheim

Zur Zeit der ersten Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung
am 13. Juni 1908
wurde die SPD-Fraktion
gebildet und hat seitdem
eine wichtige Rolle
in der Stadtverwaltung
gespielt.

Wilhelm Klugger

100 Jahre SPD-Fraktion

**in der Stadtverordnetenversammlung von
Hofheim am Taunus**

1908 bis 2008: Eine Dokumentation

Recherchen und Text: Dr. Dieter Reuschling

Bei der Auswertung der Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen und der Hofheimer Zeitung haben mitgewirkt: Dr. Erich Schäfer, Dr. Peter Langelüddeke, Hans Tulatz und Elcke Eirich. Der Text entspricht in leicht geänderter Form dem Vortrag, den der Verfasser bei der Jubiläumsveranstaltung am 18. Januar 2008 im Stadtmuseum Hofheim gehalten hat.

© **SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hofheim**
Rathaus, Chinonplatz 2
65719 Hofheim

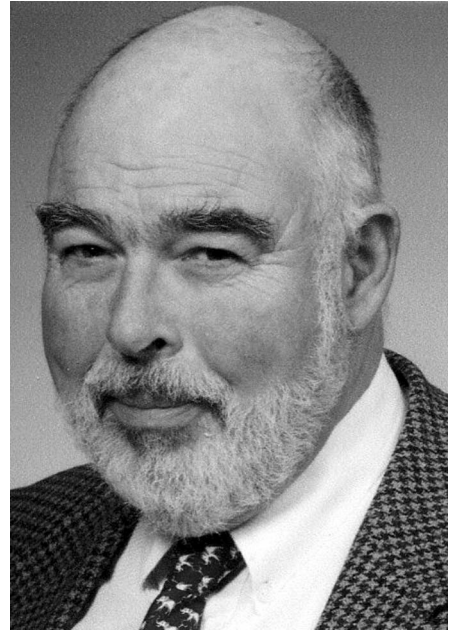
Hofheim a. T., März 2008

***Bild der Titelseite:** Kopie aus dem Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung am 13. Januar 1908*

Inhalt

100 Jahre SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Hofheim a. T.

	Seite
Vorwort	4
Hofheim vor einhundert Jahren	5
Das preußische Dreiklassen-Wahlrecht	8
Die ersten drei SPD-Stadtverordneten	9
Die Zeit der Weimarer Republik	11
Das Ende der Weimarer Republik	14
Demokratischer Neubeginn	15
Der erste SPD-Bürgermeister und die Folgen	17
Die Zeit bis zum Abschluss der Gebietsreform 1977	19
Kurzer Ausblick bis zum Jubiläumsjahr 2008	24
Quellen	26
Anhang 1: Fraktions- und Magistratsmitglieder im Jubiläumsjahr	28
Anhang 2: Pressespiegel zur Jubiläumsveranstaltung am 18. Januar 2008	29



Werner Wittchen

Vorwort

Seit 100 Jahren – mit Unterbrechung der NS-Zeit – stellt die SPD Stadtverordnete in Hofheim und beeinflusst seitdem auch die Entwicklung der Stadt, wenn auch die wenigste Zeit „federführend“.

Wie Hofheim sich in dieser Zeit verändert hat, muss man sich erst einmal vor Augen führen: 1908 eine ländliche Kleinstadt, umgeben von Dörfern, für die politische Entscheidungen in Hofheim nur wenig Bedeutung hatten, heute die Kreisstadt mit ca. 40.000 Einwohnern, deren Fläche sich in Folge der Eingemeindung von sechs angrenzenden Gemeinden (Marxheim, Diedenbergen, Langenhain, Lorsbach, Wallau, Wildsachsen) vervielfacht hat. Entsprechend dieser räumlichen Entwicklung haben sich auch die zu bewältigenden Probleme verändert. Wohnungsversorgung und Stadtgestaltung, Verkehrsentwicklung und – alles überlagernd – die Sicherung der finanziellen Spielräume sind nach wie vor die grundlegenden Probleme. Besonderes Anliegen der SPD war und ist aber der soziale Ausgleich, der die Beschäftigung mit geänderten Problemstellungen verlangt. Wir von der SPD müssen uns heute Gedanken machen, wie preisgünstige Einkaufsmöglichkeiten und Unternehmen mit Arbeitsplätzen angesiedelt werden können, nicht wie früher mit den Strompreisen beschäftigen, obwohl diese auch schon wieder zum sozialen Konfliktstoff werden! Wir müssen barrierefreie Wohnungen, alternative Wohnformen und Pflegeplätze für die stets ältere Einwohnerschaft planen, aber auch Betreuungsplätze und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche schaffen, die nicht mehr beliebige Freiräume für ihre Entwicklung im städtischen Umfeld finden und deren Eltern häufig auch nicht die Zeit aufbringen können, die die Entwicklung der Kinder benötigt. Unsere Ziele können wir am besten erreichen, wenn wir stärker werden, wozu Einsatzbereitschaft und Solidarität seitens der Mitgliedschaft gefordert sind.

Die schon in der Vergangenheit erreichte Stärke sollte uns Ansporn sein!

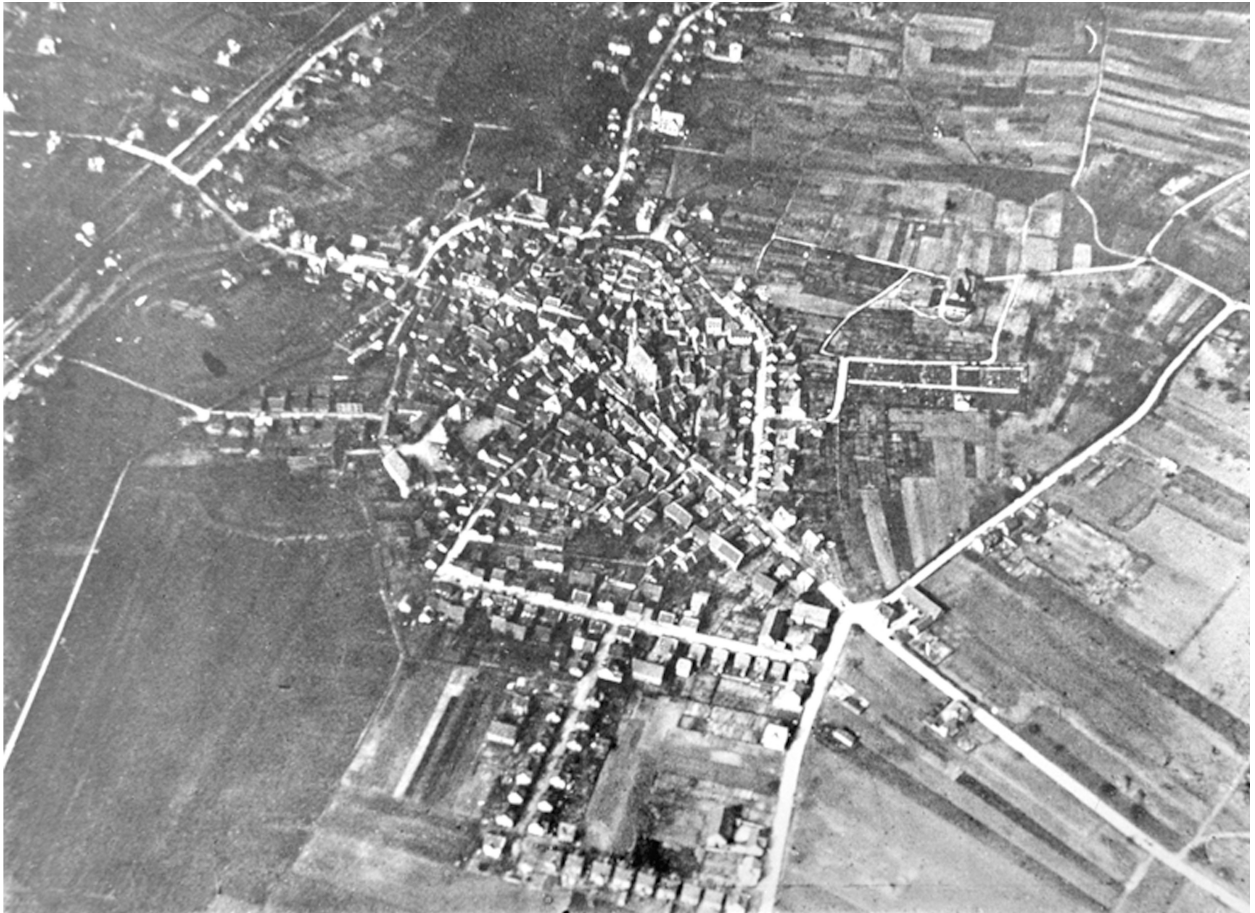
Werner Wittchen

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Hofheim a. T.

100 Jahre SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Hofheim a. T.

Hofheim vor einhundert Jahren

Um aus heutiger Sicht eine Vorstellung davon zu vermitteln, was einhundert Jahre Entwicklung für die Stadt Hofheim und ihre Bewohner bedeuten, soll zunächst versucht werden, dies mit einigen historischen Fotos deutlich zu machen. Von Hofheim gibt es aus der Zeit zwischen 1905 und 1908 das erste Luftbild der Kernstadt, bei dem eine Reihe von Unterschieden zu heute auffallen:



Luftbild Hofheims (vermutlich zwischen 1905 und 1908 aus einem Zeppelin aufgenommen)

Die mittelalterliche Stadtgestalt ist noch deutlich zu erkennen. Der gesamte Kapellenberg war bis auf das neue Marienheim (1905 eingeweiht, heute Krankenhaus) praktisch unbebaut. Die Elisabethenstraße war nur bis zur Pfarrgasse ausgebaut. Das restliche Stück bis zum Bahnhof wurde übrigens erst 1951 befahrbar. D. h., dass bis dahin die Hauptstraße die einzige Verbindung für den gesamten Nord-Süd-Verkehr war. Die Elisabethenstraße war also die erste Umgehungsstraße in Hofheim.

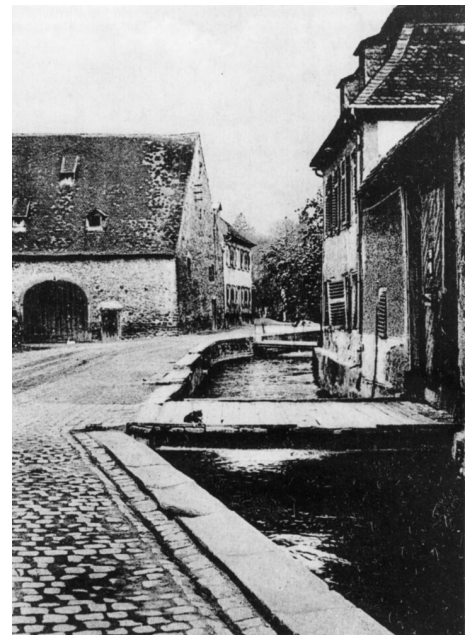
Auf dem Luftbild ist auch erkennbar, dass es über die Bahn noch keine Brücke gab, sondern in der Verlängerung der Hauptstraße zur Lorsbacher Straße einen beschränkten Bahnübergang. Die erste Brücke wurde erst 1912/13 gebaut. Erkennbar sind auch die Gebäude der Lederfabriken im Stadtzentrum, u. a. die Lederfabrik J. und C. Neumann und die Rindenscheune der Fa. Mergenbaum.



Aus der Nähe, vom heutigen Standpunkt der Kreuzung Hauptstraße/Am Untertor aus gesehen, lag nach der einen Seite die Lederfabrik Neumann, nach der anderen Seite die Mühlgasse (heute: Am alten Bach) mit der Rindenscheune und dem Mühlbach. Die anfangs der 1960er Jahre geschlossene Lederfabrik wurde 1972 abgerissen, was heute wohl niemand bedauern wird.

Lederfabrik Neumann mit Mühlbach, von der Hauptstraße aus gesehen.

Über die radikale Umgestaltung der gegenüberliegenden Seite, die mit dem Neubau des Herzog'schen Hauses (heute Commerzbank) und der Verrohrung des Mühlgrabens 1951 begann und mit dem Abriss der Rindenscheune 1968 fortgesetzt wurde, wird man heute sicher anderer Meinung sein als damals. Eine Bürgerinitiative dagegen gab es damals meines Wissens nicht.



Straße „Am alten Bach“, von der Hauptstraße aus gesehen, mit Blick auf die Rindenscheune

Soviel zum Wandel der Stadtgestalt seit einhundert Jahren.



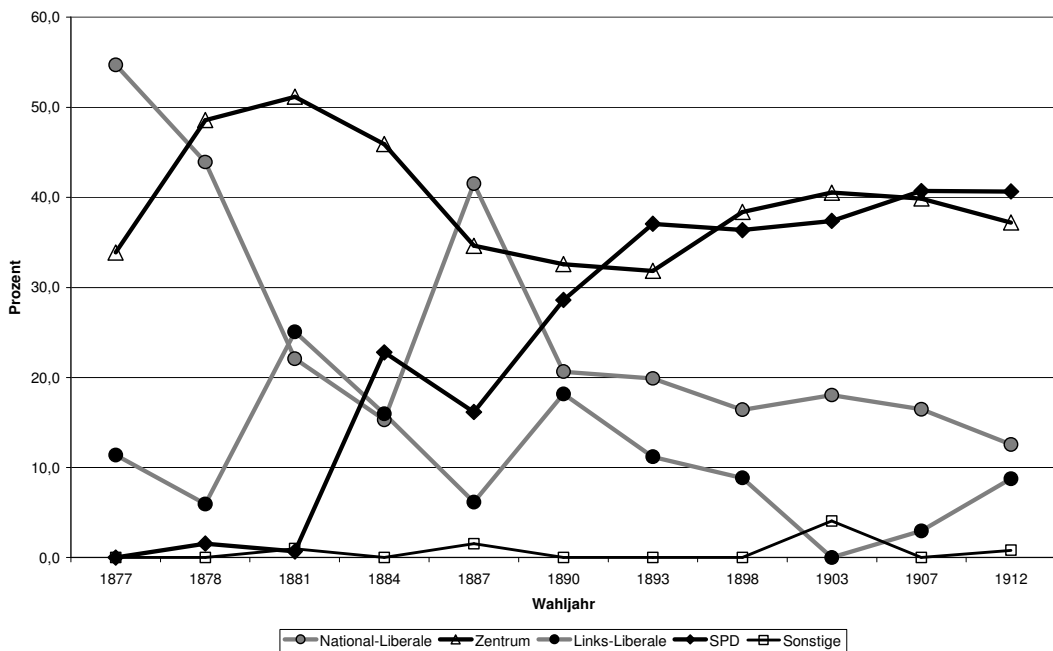
Auch für die Bewohner machen die alten Fotografien den Wandel sichtbar. Die Honoratioren Hofheims trafen sich sonntags zum Fröhschoppen im „Pfälzer Hof“, links und rechts im Bild zwei Stadtverordnete, Sanitätsrat Dr. Kaeß und Apotheker Stein. Sie wurden zum gleichen Wahltermin im November 1907 wiedergewählt, an dem erstmals Sozialdemokraten Stadtverordnete wurden.

Ähnliche Bilder von Arbeitern gab es damals meist nur an ihrem Arbeitsplatz, hier Lederarbeiter der Fa. Neumann um das Jahr 1900.



Hofheim hatte um das Jahr 1908 3.550 Einwohner und 771 Haushaltungen, d. h. zu jedem Haushalt gehörten durchschnittlich 4,4 Personen. Die überwiegende Mehrheit war katholisch, nämlich 77 % gegenüber 21,5 % evangelischen Einwohnern. Dazu kamen seinerzeit noch 50 Juden. Bürgermeister der Stadt war Heinrich Heß, der Stadtverordnetenvorsteher Ottmar Fach.

Bis zum Jahr 1908 ist in Hofheim natürlich auch politisch einiges geschehen. 1892 wurde der SPD-Ortsverein Hofheim gegründet. Er bestand also schon 16 Jahre, als sich der erste kommunalpolitische Erfolg einstellte, was aber in erster Linie an dem in Preußen geltenden, undemokratischen Dreiklassen-Wahlrecht lag. Und Hofheim gehörte damals zur preußischen Provinz Hessen-Nassau. Bei den Reichstagswahlen galt das allgemeine, gleiche Wahlrecht für alle Männer. Die Frauen blieben bis 1919 ausgeschlossen. Seit den Reichstagswahlen von 1877 hatte der Stimmanteil der SPD stetig zugenommen. Schon 1893, also ein Jahr nach der Gründung des SPD-Ortsvereins, hatte die SPD im überwiegend katholischen Hofheim bei den Reichstagswahlen das katholische Zentrum mit 37% gegenüber 32 % der Stimmen erstmals überflügelt. Übertragen auf die Stadtverordnetenversammlung hätte sie bei demokratischen Wahlen 7 von 18 Stadtverordneten stellen können.



Reichstagswahlergebnisse in Hofheim 1877 bis 1912

Das preußische Dreiklassen-Wahlrecht

Bei dem preußischen Dreiklassen-Wahlrecht, das bei Kommunal- und Landtagswahlen galt, wurde das gesamte Steueraufkommen einer Gemeinde aus den direkten Staats- und Gemeindesteuern gedrittelt und danach die wahlberechtigten Männer entsprechend ihrem Anteil am Steueraufkommen in drei Abteilungen eingeteilt. Jede Abteilung wählte ein Drittel der Stadtverordneten für sechs Jahre. Jeweils ein Drittel der Abgeordneten wurden alle zwei Jahre neu gewählt. Wählen durfte nur, wer schon zwei Jahre in der Stadt lebte, ein Mindesteinkommen hatte, keine Armenunterstützung bekam und mit seinen Steuerzahlungen nicht im Rückstand lag.

Für Hofheim liegen für die Kommunalwahl im November 1907 die Zahlen der Wahlberechtigten in den drei Abteilungen oder Klassen vor: Von insgesamt 679 Wahlberechtigten gehörten 3 % zur I. Klasse, 13% zur II. und 84 % zur III. Klasse. In absoluten Zahlen: 22 Hofheimer Bürger der I. Klasse konnten 6 Abgeordnete ins Stadtparlament wählen und 569 Bürger der III. Klasse genauso viele. Die Wahlen fanden auch nicht am Sonntag, sondern an einem Werktag statt; wer teilnehmen wollte und nicht in der Nähe des Wahllokales arbeitete, musste in der Regel einen Tag unbezahlten Urlaub nehmen. Unter dieser Voraussetzung und wegen der geringen Einflussmöglichkeiten der Wähler der III. Klasse war dort die Wahlbeteiligung natürlich gering. In Hofheim lag sie 1907 bei nur 37 % in der III. Klasse gegenüber 64 % in der I. Klasse. Von daher wird verständlich, dass es großer Anstrengungen der Sozialdemokratie bedurfte, um in die kommunalen Parlamente einzuziehen.

Das Dreiklassen-Wahlrecht stand bei den Landtags- und Kommunalwahlen vor 1918 im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Agitation, die auch aus heutiger Sicht schon sehr gut organisiert war. Ein Beispiel aus dem Jahr 1906 zeigt, dass Protestversammlungen zentral für den gesamten Reichstagswahlkreis Höchst-Homburg-Usingen organisiert wurden.

Nieder mit dem Dreiklassenwahl-Unrecht!
Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!
 Die Sozialdemokratische Partei in Preußen.

Protest-Versammlungen
gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht
 finden im ersten nassauischen Wahlkreis (Höchst-Homburg-Usingen) statt am
Sonntag, den 21. Januar 1906, nachmittags halb 4 Uhr,
 in folgenden Orten und Lokalen:

Höchst a. M. , im Saale „Zur Sonne“.	Hornau , im Saale „Zum Schützenhof“.
Griesheim , im Saale „Zum Nassauer Hof“.	Muppertschtein , im Saale „Zum Kühlen Grund“.
Hödelheim , im Saale „Zum Mainzer Hof“.	Cronberg , im Saale „Zur Kronenburg“.
Soffenheim , im Saale „Zum Nassauer Hof“.	Homburg , im Saale „Zur neuen Brücke“.
Nied , im Saale „Zum Adler“.	Hedderheim , im Saale „Zum deutschen Hof“.
Schwanheim , im Saale „Zum Launus“.	Oberhöchst , im Saale „Zum hohen Wald“.
Sindlingen-Teilsheim , im Saale „Zum Löwen“.	Stierstadt , im Saale „Zum Launus“.
Gattershausen , im Gasthaus „Zum Engel“.	Wehrheim , im Saale „Zum Deutschen Kaiser“.
Bodenhausen , im Saale „Zum grünen Wald“.	Waltersstein .
Reilheim , im Saale „Zum Wiesental“.	Oberursel , im Saalbau „Zum Bären“, abends 8 Uhr.

Parteiengenossen, sorgt für Massenbesuch der Versammlungen.

Verantwortlich: Otto Harmann, Höchst a. M.; Druck: Union-Druckerei, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Anzeige aus der „Volksstimme“ Frankfurt, Januar 1906

Aber nicht nur wegen des Dreiklassen-Wahlrechtes waren die Parolen klassenkämpferisch. Die SPD war um diese Zeit unter der Führung ihres charismatischen Vorsitzenden August Bebel eine sozialistische Partei, die für die Rechte der Arbeiterklasse kämpfte. Links von der SPD gab es keine andere Partei. Auch die politische Sprache dieser Zeit war eine andere als heute. Sie klingt für uns recht pathetisch - wie ein Aufruf der SPD zu

Wahlrechtsversammlungen in ganz Preußen im November 1907 zeigt -, ist aber Ausdruck für die scharfen Gegensätze zwischen den politischen Klassen im Kaiserreich.

**Der 26. November ruft den letzten Mann, die letzte Frau aus dem Volke zur Pflicht. Rechtlose Preußen, vereinigt Euch unter dem Rufe:
Brot und Freiheit!
Fort mit der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft der Junker!
Nieder mit dem Dreiklassensystem!**

Aufruf in der „Volksstimme“ Frankfurt, 25. November 1907

Die ersten drei SPD-Stadtverordneten

Vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund ist der erste kommunalpolitische Erfolg der SPD in Hofheim bei den kommunalen Ergänzungswahlen im November 1907 zu sehen. Dabei waren drei Abgeordnete der III. Klasse und je zwei der I. und II. Klasse zu wählen. Die SPD errang mit den Genossen Emil Oskar Müller (Techniker), Franz Diener (Schlosser) und Adam Leicher (Zimmermann) alle drei Sitze der 3. Abteilung. Von diesen drei ersten Stadtverordneten der SPD ist nur das Bild von Adam Leicher bekannt.



Adam Leicher, einer der drei ersten SPD-Stadtverordneten Hofheims.

Die Einführung und Verpflichtung der neuen Stadtverordneten fand am 13. Januar 1908 statt; sie ist im Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung dokumentiert (siehe Titelblatt). Dieser Tag ist also der Geburtstag der SPD-Stadtverordnetenfraktion in Hofheim. Seitdem war sie auch nach den folgenden Wahlen im Kaiserreich immer im Stadtparlament vertreten, erst recht natürlich nach den demokratischen Wahlen nach dem 1. und 2. Weltkrieg. Ausgenommen bleibt dabei die Zeit der Nazi-Diktatur. Über die historische Stadtverordnetensitzung am 13. Januar 1908 gibt es sogar einen in der sozialdemokratischen Frankfurter Volksstimme vom 15. Januar 1908 wiedergegebenen Bericht. Danach kandidierte Adam Leicher bei der Neuwahl von zwei Schöffen - die den heutigen Magistratsmitgliedern entsprechen -, wurde aber mit drei Stimmen natürlich nicht gewählt. Den ersten bescheidenen, aber für sie als Arbeitnehmer nicht unwichtigen Erfolg erzielten die SPD-Stadtverordneten in der gleichen Versammlung mit dem Beschluss, dass der Beginn der Stadtverordnetensitzungen von 18 auf 20 Uhr verlegt wurde.

Welche kommunalpolitischen Themen waren damals von Bedeutung? Hier einige wenige Beispiele: Im Jahr 1908 wurde das städtische Elektrizitätswerk fertig gestellt. Es stand auf dem heutigen Parkplatz zwischen dem Wasserschloss und der Stadtbücherei.



Elektrizitätswerk, fertig gestellt 1908 (im Hintergrund das Kellereigebäude).

Dezentrale Energieversorgung war damals kommunale Praxis. Die Stadtverordneten entschieden über die Stromtarife, die von der dafür geschaffenen „Lichtkommission“ vorgeschlagen wurden. In einem Liefervertrag mit der Eisenbahnverwaltung wurde z. B. im September 1908 für die Stromlieferung an den neuen Hofheimer Bahnhof ein Preis von 80 Pf. pro Kilowattstunde festgelegt. Das heutige Bahnhofsgebäude wurde 1908 eingeweiht, feiert also auch 2008 seinen 100. Geburtstag. Strom war damals noch ein Luxusgut. Zum Vergleich: Zwei Kilo Brot kosteten 60 Pf., ein Kilo Rindfleisch 1,50 Mark. Die Lichtkommission hatte vorgeschlagen, für höheren Stromverbrauch (ab 250 Mark pro Jahr) steigende Rabatte zu gewähren, was vermutlich nur denen zugutekam, die sich ihn leisten konnten. Natürlich stimmten die drei Sozialdemokraten dagegen.

Sie kümmerten sich auch um die miserablen Schulverhältnisse in Hofheim. In der Elementarschule im Kellereigebäude gab es je Klasse bis zu 80 Kinder. Der Unterricht war mangelhaft; erst nach achtjährigem Schulbesuch gab es das erste Zeugnis. Der SPD-Stadtverordnete Emil Oskar Müller hatte dies auch öffentlich kritisiert, worauf die Lehrer verlangten, Müller solle sich vor der Stadtverordnetenversammlung entschuldigen, was er ablehnte. Die vorgesetzte Behörde verurteilte ihn danach wegen Beleidigung der Hofheimer Lehrerschaft zu der damals hohen Geldstrafe von 100 Mark. Seine Berufung gegen diese Strafe wurde im August 1908 vor einer Wiesbadener Strafkammer verhandelt, aber abgelehnt.

Bemerkenswert ist auch, dass die Sozialdemokraten schon im August 1908 die Schaffung einer städtischen Badeanstalt forderten, was damals von der Mehrheit aus Kostengründen abgelehnt wurde. Natürlich gab es damals in der überwiegenden Zahl der Wohnungen in Hofheim kein Badezimmer. Vier Jahre später, 1912, wurde von der Stadtverordnetenversammlung immerhin eine Kommission zum Bau einer Volksschule mit 12 Klassen und einer Badeanstalt gebildet. Aber erst 1928 wurde die Volksschule, d. h. die Pestalozzi-Schule, und in Verbindung damit die Badeanstalt eingeweiht; sie wurde in der Pestalozzi-Schule bis in die 1950er Jahre hinein von der Bevölkerung genutzt.



Ab 1912 war auch Anton Sauer Stadtverordneter, der in der Weimarer Republik nach der Wahl von 1919 bis 1924 Magistratsschöffe wurde.

Anton Sauer, Stadtverordneter von 1912 bis 1919,
Magistratsschöffe von 1919 bis 1924.

1912 verzeichnete die SPD-Stadtverordneten-Fraktion einen weiteren Erfolg: Emil Oskar Müller wurde von der Stadtverordnetenversammlung zum Magistratsschöffen gewählt. So wurden die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats genannt. Der Magistrat bestand aus dem hauptamtlichen Bürgermeister, dem unbesoldeten Beigeordneten als seinem Stellvertreter und in Hofheim aus vier Schöffen. Zum letzten Vorsteher der nach den Regeln des Dreiklassen-Wahlrechtes gewählten Stadtverordnetenversammlung wurde im Februar 1918 der Glasermeister Josef Kunz gewählt, der im Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung als „Genosse“ bezeichnet wird, vermutlich also Sozialdemokrat war.

Die Zeit der Weimarer Republik

Mit der Revolution von 1918/19 und dem Ende des Kaiserreiches wurde auch endlich die alte SPD-Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht erfüllt, d. h. das Dreiklassenwahlrecht abgeschafft und das Frauenwahlrecht eingeführt. Eine Anzeige der SPD vom Mai 1920 zur Reichstagswahl im Juni 1920 macht deutlich, dass sie diese Errungenschaft auch zur Werbung einsetzte.

Anzeige aus dem „Anzeigeblatt für die Stadt Hofheim a. T.“, Juni 1920.

?

Wer
gab Euch, Frauen, das Wahlrecht
Einzig und allein die
Sozialdemokratie!

Wer war
immer Gegner des Frauenwahlrechts
Alle bürgerlichen Parteien
Allen voran das Zentrum!

Was muß daher jede Hausfrau tun,
die keine Million besitzt

Am 6. Juni 1920 den
sozialdemokratischen Stimmzettel
in die Wahlurne legen.

Bei der ersten Kommunalwahl am 16. November 1919 war die SPD in Hofheim am erfolgreichsten und errang 8 von den 18 Mandaten im Stadtparlament gegenüber 7 Vertretern des Zentrums und 3 der Bürgerlichen Wählervereinigung¹. Die erste demokratische Kommunalwahl führte also schon zu einer bürgerlichen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Daran hat sich übrigens bis heute nichts geändert!

Bürgermeister Heß hatte im April 1919 aus Gesundheitsgründen sein Bürgermeisteramt niedergelegt. Der 1. Beigeordnete Martin Wohmann wurde bis zu Neuwahl eines Bürgermeisters mit der Vertretung beauftragt, die Neuwahl aber auf die Zeit nach der Kommunalwahl verschoben. Bei der ersten Stadtverordnetensitzung nach der Wahl wurde im Dezember 1919 Heinrich Simon einstimmig zum Vorsteher gewählt. Martin Wohmann wurde als 1. Beigeordneter bestätigt und Karl Köhler, SPD als 2. Beigeordneter gewählt. Weitere Mitglieder des neuen Magistrates wurden als Schöffen drei Stadtverordnete der SPD, nämlich Anton Sauer, Adam Leicher und Nikolaus Sünder sowie Heinrich Hammel vom Zentrum. Im Magistrat hatte die SPD also eine Mehrheit.

Als Nachrückerin für die SPD-Magistratsmitglieder wurde Katharina Kemmler im Januar 1920 in ihr Amt als Stadtverordnete eingeführt und wurde damit die erste Frau in der Hofheimer Stadtverordnetenversammlung. Katharina Kemmler blieb bis Mai 1933 über 13 Jahre Stadtverordnete.



Katharina Kemmler, Stadtverordnete von 1920 bis 1933 .



Als Nachrücker zog im Januar 1920 auch Hermann Meyer ins Stadtparlament ein, der ebenfalls bis 1933 gewählter Stadtverordneter blieb; im März 1932 wurde er zum Beigeordneten des Magistrates berufen.

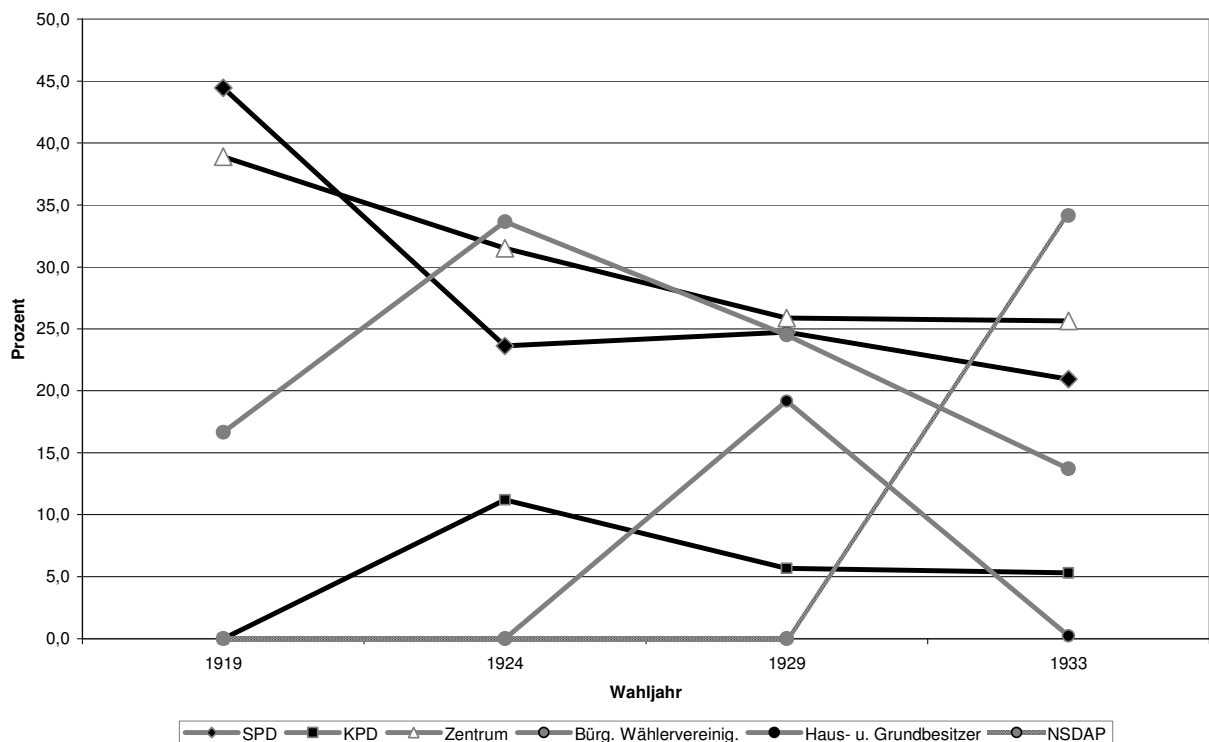
Hermann Meyer, Stadtverordneter von 1920 bis 1932, Beigeordneter von 1932 bis 1933.

¹ Für die Kommunalwahl 1919 ist nur die Sitzverteilung überliefert, aber nicht die Verteilung der Wählerstimmen.

Im Vordergrund der Kommunalpolitik standen während der Zeit zwischen 1919 und 1933 die großen sozialen Probleme, die durch die Folgen des verlorenen Krieges, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit verursacht worden waren. Die Sozialdemokraten im Stadtparlament engagierten sich besonders bei der Linderung der Armut und Wohnungsnot. Zum Beispiel war Katharina Kemmler Mitglied der "Wohlfahrtskommission" und leitete die auf ehrenamtlicher Basis tätige "Suppenküche für unterernährte Kinder", die im "Hungerwinter" 1918 im Kellereigebäude eingerichtet worden war.

Nach der Wahl von 1919 wurde die Stelle des Bürgermeisters ausgeschrieben und am 6. März 1920 ein ausgewiesener Verwaltungsmann, nämlich Oskar Meyrer aus Sonnenberg, einstimmig von allen Fraktionen gewählt. Er blieb es auch nach 1933 bis zu seinem Tod am 1. August 1942.

Wie die folgende Grafik zeigt, fielen die weiteren Kommunalwahlen während der Weimarer Republik für die SPD weniger günstig aus.



Kommunalwahlergebnisse in Hofheim 1919 bis 1933

Eine ähnliche Entwicklung gab es auch bei den Reichstagswahlen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sicher waren nach dem Sturz des Kaiserreiches die Erwartungen an die SPD als der einzigen großen Oppositionspartei im alten Regime besonders hoch. Sie konnten bei der Bewältigung der riesigen Probleme nach dem verlorenen Krieg nicht erfüllt werden. Hinzu kam die Spaltung der SPD am Ende des 1. Weltkrieges in Mehrheits-Sozialdemokraten (MSPD) und Unabhängige Sozialdemokraten (USPD). Auch in Hofheim gab es einen Ortsverein der USPD. Die Vereinigung der beiden Vereine fand zwar im Oktober 1922 statt, also vor der Kommunalwahl 1924. Ein Teil der USPD ging aber sicher zur KPD, die 1924 erstmals kandidierte und vorwiegend auf Kosten der SPD 11,2 % der Stimmen und 2 Sitze im Stadtparlament erreichte gegenüber 4 der SPD und je 5 des Zentrums und der Bürgerlichen Wählervereinig.

Das Ende der Weimarer Republik

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, der von den Nazis so genannten „Machtergreifung“, begann das Ende der Weimarer Republik. Die Nazis begannen sofort damit, die errungene Macht zu sichern und ihre politischen Gegner zu verfolgen und auszuschalten. Z. B. wurde schon zwei Wochen nach der Machtergreifung der sozialdemokratische Landrat des Main-Taunus-Kreises, Wilhelm Apel, und viele andere politische Beamte beurlaubt, d. h. praktisch entlassen. Nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 wurden Grundrechte der Verfassung aufgehoben und die sogenannte Schutzhaft für Gegner der Nazis eingeführt. Am 1. April 1933 wurde im ganzen Reich zum Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte aufgerufen. Es wurde also schnell klar, dass die Nazis ihre Ziele rücksichtslos verfolgten.

Die letzten "freien" Wahlen in Hofheim waren die Kommunalwahlen am 12. März 1933, die im Zeichen der Verfolgung und Unterdrückung aller demokratischen Kräfte durch die Nazis standen. In Hofheim wurde die NSDAP mit 34,2 % der Stimmen stärkste Partei, gefolgt vom Zentrum mit 25,8 %, der SPD mit 21,0 %, der Bürgerlichen Wählervereinigung mit 13,7 % und der KPD mit 5,2 %. Für die SPD wurden als Stadtverordnete gewählt: Hermann Meyer, Nikolaus Sünder, Franz Krebs und Fritz Seifert. Nikolaus Sünder wurde wieder Mitglied des Magistrats und Katharina Kemmler rückte für ihn in die Stadtverordnetenversammlung nach.



Nikolaus Sünder



Fritz Seifert



Kellereiplatz in Hofheim am 1. Mai 1933

Um eine breite Zustimmung der von ihnen beschworenen Volksgemeinschaft zu ihrem Regime zu erreichen, führten die Nazis den 1. Mai als Feiertag, als „Tag der nationalen Arbeit“, ein und organisierten im ganzen Reich die Feiern zu diesem Tag mit Aufmärschen und Kundgebungen, denen keiner fernbleiben sollte. Auch in Hofheim wurde der Tag mit Glockengeläut, Aufmärschen und einer Kundgebung auf dem Kellereiplatz gefeiert.

Es gehörte schon Mut dazu, sich dem zu entziehen. Am 5. Mai 1933 stellte die NS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag, die SPD-Stadtverordneten von den Sitzungen für 4 Wochen auszuschließen. Zur Begründung führte sie an, sie hätten an den örtlichen Feiern zum 1. Mai, insbesondere an der (durch Radio übertragenen) Rede des Reichskanzlers nicht teilgenommen. Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Nazis angenommen und die anwesenden SPD-Abgeordneten Katharina Kemmler, Hermann Meyer und Fritz Seifert mussten die Sitzung verlassen. Im Juni 1933 wurde die SPD verboten. Allen gewählten Gemeindevertretern der SPD wurde danach das Mandat förmlich entzogen.

Zu den politisch Verfolgten der Nazi-Diktatur in Hofheim gehörten auch Mitglieder des SPD-Ortsvereins. Der Stadtverordnete Franz Krebs war als Bahnunterhaltungsarbeiter bei der Reichsbahn beschäftigt und wurde aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im Juni 1933 fristlos entlassen. Heinrich Weiß, der spätere Landtagsabgeordnete der SPD für den Main-Taunus-Kreis, war Gewerkschaftssekretär und verlor 1933 seinen Arbeitsplatz, als die Gewerkschaften verboten wurden. Er war vor 1933 schon Gemeindevertreter von Marxheim und Kreistagsabgeordneter und wurde von 1933 bis 1944 mehrmals von der Gestapo Frankfurt verhaftet und mehrere Wochen inhaftiert und vernommen, auch nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Albert Hild aus Fischbach gehörte zur Widerstandsgruppe um Paul Apel, die im Rhein-Main-Gebiet 1934/35 illegal die Flugschrift „Sozialistische Aktion“ der SPD verteilte. Er wurde im Januar 1936 verhaftet und wegen seiner Beteiligung an dieser Widerstandsgruppe zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Er verzog vor 1939 von Fischbach nach Hofheim in die Kurhausstraße.

Demokratischer Neubeginn

Nach dem Ende der Nazi-Diktatur am 8. Mai 1945 war die Wiederzulassung politischer Parteien von der Zustimmung der Militärregierung abhängig. Deshalb stellten am 12. September 1945 vier Hofheimer Sozialdemokraten den förmlichen Antrag, dass sie der Wiedergründung des SPD-Ortsvereins zustimmen möge. Als Vorsitzender unterzeichnete Adolf Metternich, der damals schon von der Militärregierung als kommissarischer Beigeordneter eingesetzt worden war. Die weiteren Antragsteller waren Georg Hasselwander, Hermann Meyer und Philipp Schmidt. Als Bürgermeister von Hofheim war Eduard Schullenberg eingesetzt worden, der früher Stadtverordneter des Zentrums war.

Die erste Kommunalwahl nach dem Ende der Nazi-Diktatur fand am 27. Januar 1946 statt. Im Unterschied zu der Zeit zwischen 1918 und 1933 gab es nach 1945 für Hofheim und Marxheim, das 1938 eingemeindet worden war, nur noch ein gemeinsames kommunales Parlament. Die SPD kandidierte mit Albert Hild an der Spitze, einem der Verfolgten des Nazi-Regimes. Sie erreichte 42,4 % der Stimmen und 5 von 12 Sitzen im Stadtparlament. Klarer Sieger wurde die neu gebildete Partei Christlich Demokratische Union (CDU) mit 52,6 % der Stimmen und 7 Sitzen. Durch die Kandidatur der Demokratischen Bürgerlichen Vereinigung (DBV) änderten sich bei der nächsten Wahl am 29. April 1948 die Verhältnisse erheblich: Die DBV errang auf Kosten von CDU und SPD auf Anhieb 22,7 % der Stimmen und 4 von 18 Sitzen. Die CDU bekam nur noch 35,4 %, dicht gefolgt von der SPD mit 35,2 %. Die KPD kam noch auf 6,7%.

Die weitere Entwicklung der Kommunalwahlergebnisse in Hofheim ist bis 2006 auf der folgenden Seite tabellarisch dargestellt, und zwar mit den absoluten Stimmzahlen, den Prozentzahlen und der Zahl der erreichten Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. Die Gesamtzahl der Sitze hat sich seit 1946 verändert, blieb aber seit dem Abschluss der Gebietsreform 1977 konstant bei 45 Sitzen. Ab 1972 sind auch die Stadtteile Diedenbergen, Langenhain und Lorsbach in der Stadtverordnetenversammlung vertreten, ab 1977 auch Wallau und Wildsachsen.

Kommunalwahlen in Hofheim nach 1945

Stimmen abs.	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1977	1981	1985	1989	1993	1997	2001	2006
CDU	2400	1927	1695	2255	3569	3784	3394	6324	9443	8689	7467	8024	7270	6283	281708	238825
FDP (LDP)	0	0	775	524	803	817	612	897	964	921	959	1089	1053	980	32830	43696
FWG (DBV)	0	1236	549	679	0	0	1211	1168	1588	2739	4175	3443	3017	3368	77105	55979
GOHL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	665	1547	1955	2304	2201	77871	79245
SPD	1935	1914	2341	2868	2967	3726	3311	6444	5860	4904	4958	6219	4777	4695	190950	116514
KPD	227	367	149	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	123	224	359	0	277	0	0	0	0	0	0	0	25887	27873
Gültige Stim.	4562	5444	5632	6550	7698	8327	8805	14833	17855	17918	19106	20730	18421	17527	686351	562132

Prozent	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1977	1981	1985	1989	1993	1997	2001	2006
CDU	52,6	35,4	30,1	34,4	46,4	45,4	38,5	42,6	52,9	48,5	39,1	38,7	39,5	35,8	41,0	42,5
FDP (LDP)	0,0	0,0	13,8	8,0	10,4	9,8	7,0	6,0	5,4	5,1	5,0	5,3	5,7	5,6	4,8	7,8
FWG (DBV)	0,0	22,7	9,7	10,4	0,0	0,0	13,8	7,9	8,9	15,3	21,9	16,6	16,4	19,2	11,2	10,0
GOHL	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,7	8,1	9,4	12,5	12,6	11,3	14,1
SPD	42,4	35,2	41,6	43,8	38,5	44,7	37,6	43,4	32,8	27,4	25,9	30,0	25,9	26,8	27,8	20,7
KPD	5,0	6,7	2,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	0,0	0,0	2,2	3,4	4,7	0,0	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,8	5,0

Sitze in der Stadtverordnetenversammlung

	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1977	1981	1985	1989	1993	1997	2001	2006
CDU	7	7	8	9	12	12	11	20	24	23	17	17	18	16	18	19
FDP (LDP)	0	0	3	2	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	4
FWG (DBV)	0	4	2	2	0	0	3	3	4	7	10	8	7	9	5	5
GOHL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	4	6	6	5	6
SPD	5	6	11	11	10	11	10	20	15	13	12	14	12	12	13	9
KPD	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Gesamt	12	18	24	24	24	25	25	45	45	45	45	45	45	45	45	45

Anmerkung.: Ab 1946 mit Stadtteil Marxheim, ab 1972 zusätzlich mit den Stadtteilen Diedenbergen, Langenhain und Lorsbach, ab 1977 zusätzlich mit Wallau und Wildachsen.
Ab 2001 sind die kummulierten Stimmen aufgeführt.

Der erste SPD-Bürgermeister und die Folgen

Nach der Kommunalwahl am 25. April 1948 begann eine der bewegtesten Perioden der Hofheimer Kommunalpolitik, die mit dem Amt des Bürgermeisters verbunden war. Es kam zu einer Koalition von SPD und der DBV, bei der die SPD das Vorschlagsrecht für den Bürgermeister hatte und die DBV seinen Stellvertreter stellte. SPD und DBV hatten mit zusammen 10 Mandaten die Mehrheit der 18 Abgeordneten des Parlamentes.



Die Wahl der SPD fiel auf Ernst Nilges aus Travemünde, der als politischer Flüchtling aus der sowjetischen Besatzungszone kam und dort zunächst Bürgermeister von Thale im Harz war, später Oberregierungsrat bei der Bezirksregierung Anhalt.

Ernst Nilges (* 1899, † 1979)

Ernst Nilges wurde im Juni 1948 mit den Stimmen der damaligen Koalition aus SPD und DBV und einer Stimme der KPD zum Bürgermeister gewählt und am 9. August 1948 vom Landrat in sein Amt eingeführt. In seiner kurzen Amtszeit waren die Konsolidierung des städtischen Haushalts, die Wohnraumbewirtschaftung und die Beseitigung der Wohnungsnot, die Einführung der Müllabfuhr und – mit dem Ausbau des unteren Teils der Elisabethenstraße – die Schaffung einer zweiten Nord-Süd-Verbindung im Stadtgebiet Schwerpunkte seiner Arbeit. Mit der von ihm in Auftrag gegebenen Regulierung des Schwarzbaches handelte er sich einen Spottnamen ein. Da damals der größte Teil des Schwarzbachwassers im Stadtgebiet über den Mühlbach abfloss, lag das Bachbett im Sommer zum großen Teil trocken und es wurde deshalb verengt. Diese Regulierung ging als „Nilges-Kanal“ in den Volksmund ein.

Wegen unterschiedlicher Auffassungen zur Umsetzung der Beschlüsse des Stadtparlamentes und der Ausschüsse kam es zum Bruch mit der ihn tragenden Koalition. Im Oktober 1950 – also gut zwei Jahre nach seiner Amtseinführung – wurde er durch einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung als Bürgermeister suspendiert. Die Differenzen zwischen ihm und den Magistratsmitgliedern und der Stadtverordnetenversammlung sind in der damaligen Presse ausführlich dargestellt. Danach muss sein Führungsstil recht autoritär gewesen sein. Z. B. legte das Magistratsmitglied Albert Hild, SPD, sein Amt in der Wohnungskommission nieder, weil Nilges eigenmächtig Entscheidungen der Kommission revidiert hatte. Auch seine Haushaltsführung war stark umstritten und wurde zum Gegenstand einer Anzeige des Magistrats gegen ihn.

Über die Form und die Folgen dieser Suspendierung kam es zu längeren gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Magistrat, die aber überwiegend zu seinen Gunsten ausgingen. Nach fast drei Jahren kam es zu einer einvernehmlichen Einigung zwischen Ernst Nilges und dem Magistrat, durch die er aus Krankheitsgründen in den Ruhestand versetzt wurde. Erst danach – und zwar im Juli 1953 – konnte ein neuer Bürgermeister gewählt werden.

Zunächst aber hatte Hofheim fast drei Jahre keinen amtierende Bürgermeister, sondern nur einen suspendierten. Seine Vertretung musste Josef Landler von der DBV überneh-

men. Innerhalb der SPD und ihrer Stadtverordnetenfraktion kam es wegen der Auseinandersetzungen um Ernst Nilges zu erheblichen Spannungen. Der frühere Ortsvereinsvorsitzende Hermann Erdniß trat aus der SPD und der Fraktion aus und bildete eine „Parteilose Wählergruppe“, die bei der nächsten Kommunalwahl am 4. Mai 1952 kandidierte. Für die SPD waren also die Voraussetzungen bei dieser Wahl denkbar ungünstig: Das Debakel um den Bürgermeister konnte in erster Linie ihr angerechnet werden und sie hatte sich kurz vor der Wahl auch noch gespalten. Umso erstaunlicher war das Ergebnis der Wahl: Die SPD gewann 6,4 % Stimmen hinzu, wurde mit 41,6 % Stimmanteil mit Abstand die stärkste Partei und stellte 11 der jetzt 24 Stadtverordneten. Der große Verlierer dieser Wahl wurde ihr bisheriger Koalitionspartner, die DBV, die mehr als die Hälfte ihres Stimmanteils verlor, obwohl sie mit Josef Landler ja etwa eineinhalb Jahre einen amtierenden Bürgermeister hatte. Zweiter Sieger wurde die erstmals antretende FDP, die auf Anhieb 13,8 % und 3 Sitze im Stadtparlament erreichte.

Das „Krisenmanagement“ der SPD in Hofheim nach der Suspendierung von Ernst Nilges muss also sehr gut gewesen sein. Spitzenkandidat bei dieser Kommunalwahl war Wilhelm Grossmann, der Vater des späteren SPD-Stadtverordneten und Stadtrates Willi Grossmann. Wilhelm Grossmann hatte sich längere Zeit als Vorsitzender des Hofheimer Bürgerforums bekannt machen können, einer Einrichtung, die es damals in vielen Gemeinden gab. Sie ähnelte der heutigen Bürgerversammlung, hatte aber einen eigenen Vorstand und tagte regelmäßig 3 bis 4 Mal im Jahr zu aktuellen politischen Themen, die der Vorstand festlegte.

Nach ihrem Wahlsieg stellte die SPD mit Willi Leder wieder den Stadtverordnetenvorsteher und bestimmte Adam Stang, den Großvater von Gisela Stang, zum 1. Beigeordneten, der jetzt anstelle von Josef Landler der amtierende Bürgermeister wurde und dies auch 1 ¼ Jahre bis zur Amtseinführung von Werner Schwichtenberg am 4. September 1953 blieb.

Er war deshalb auch der oberste Repräsentant der Stadt bei ihrer 600-Jahrfeier im Sommer 1952 (Festwoche vom 28. Juni bis 7. Juli). Im sechsköpfigen Magistrat erhielt damals die SPD vier und die CDU zwei Beigeordnete, hatte also auch nach der Wahl Schwichtenbergs zum Bürgermeister eine Mehrheit.

Adam Stang



Das Selbstbewusstsein der SPD war damals verständlicherweise sehr groß, weshalb sie auch nicht auf den Vorschlag der anderen Parteien einging, sich vor der Bürgermeisterwahl auf einen Kandidaten zu einigen. Sie stellte für die Wahl am 23. Juli 1953 einen eigenen Kandidaten auf, keinen Geringeren als Hermann Schmitt aus Vockenhausen, später kurz HSV genannt, der damals schon Vorsitzender des Kreistages und des SPD-Unterbezirks Main-Taunus war und im September des gleichen Jahres erstmals das Direktmandat im Bundestagswahlkreis Groß-Gerau/Main-Taunus gewann, das er bis zu seinem Tod 1979 behielt. Für HSV stimmte die SPD-Fraktion geschlossen mit 11 Stimmen, für den damaligen Bürgermeister von Wächtersbach, Werner Schwichtenberg, die übrigen Parteien CDU, FDP und DBV mit zusammen 13 Stimmen.

Man kann heute nur noch darüber spekulieren, wie sich die politische Landschaft Hofheims entwickelt hätte, wenn so ein politisches Schwergewicht wie HSV, der später Bundestagsvizepräsident wurde, damals in Hofheim Bürgermeister geworden wäre. Wenn die Koalition aus SPD und DBV damals bestehen geblieben wäre, die mit 13 Stimmen auch eine Mehrheit hatte, wäre dies möglich gewesen. Werner Schwichtenberg blieb 20 Jahre Bürgermeister von Hofheim.

Die Zeit bis zum Abschluss der Gebietsreform 1977

Bei der Kommunalwahl 1956 konnte die SPD ihren Stimmenanteil nochmals auf 43,8 % steigern, gewann aber keinen Sitz hinzu. Mit der DBV (2 Sitze) hatte sie aber mit zusammen 13 Sitzen eine knappe Mehrheit im Stadtparlament. Da auch die Vertreter der DBV mit der Amtsführung von Bürgermeister Schwichtenberg nicht einverstanden waren, unterstützten sie das Vorhaben der SPD, bei der Wiederwahl des Bürgermeisters im Jahr 1959 mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Friedrich (Friedel) Gräser, einen Gegenkandidaten aufzustellen. Friedrich Gräser stammte aus dem Saarland, war von Beruf Kaufmann und wurde 1956 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Er wurde dann Vorsitzender der SPD-Fraktion und Geschäftsführer der städtischen Aktiengesellschaft für Kleinwohnungen.

Gegen die Absicht, Bürgermeister Schwichtenberg nicht mehr wieder zu wählen, formierte sich der Widerstand von CDU und FDP im Stadtparlament, aber auch eine starke Bürgerinitiative. Zu einer Protestversammlung am 22. März 1959, zu der sie in die Turnhalle des TV 1860 eingeladen hatte, kamen weit über 1.000 Bürgerinnen und Bürger, die die Wiederwahl Schwichtenbergs unterstützten. In Leserbriefen und Flugblättern wurden schwere Vorwürfe gegen die SPD und DBV und ihren Kandidaten erhoben. Die für den 23. März in der durch Zuhörer überfüllten Stadtverordnetenversammlung vorgesehene Bürgermeisterwahl wurde aus formalen Gründen und zur Prüfung der von der FDP erhobenen Vorwürfe gegen Gräser vertagt. Die FDP hatte Gräser mangelnde Qualifikation für das Amt und Vorteilsnahme bei einem Grundstücksgeschäft unterstellt. Friedrich Gräser erklärte nach den meist unsachlichen Angriffen gegen seine Person am 25. März seinen Verzicht auf die Kandidatur und legte sein Stadtverordnetenmandat nieder.

SPD und DBV gaben ihr Vorhaben, Bürgermeister Schwichtenberg nicht wieder zu wählen, jedoch nicht auf. Vor der Wahl am 10. April 1959 präsentierten sie mit dem amtierenden Hattersheimer Bürgermeister Ladislaus Winterstein, SPD, einen neuen Kandidaten. Bei der Wahl in der überfüllten Turnhalle hielt die Koalition aus SPD und DBV aber nicht mehr. Von den 23 anwesenden Stadtverordneten erhielt Schwichtenberg bei einer Enthaltung die Mehrheit von 13 Stimmen und wurde damit für 12 Jahre wiedergewählt, während auf Winterstein nur 9 Stimmen entfielen. Diese Niederlage blieb in Hofheim nicht ohne Folgen. Die innerlich zerstrittene DBV trat bei der nächsten Kommunalwahl 1960 nicht mehr an. Die SPD verlor 5,3 % der Stimmen und einen Sitz im Stadtparlament. Lachender Dritter war die CDU mit einem Stimmenzuwachs von 12 % und drei zusätzlichen Sitzen. Unter Führung von Heinrich Weiß konnte die SPD diesen Rückschlag 1964 wieder ausgleichen: Sie erreichte 44,7 % gegenüber 45,4 % der CDU.

Auf alle folgenden Kommunalwahlen soll hier nicht mehr im Einzelnen eingegangen werden. Zum Überblick dient neben den auf Seite 16 dargestellten Wahlergebnissen die folgende Tabelle aller Spitzenkandidaten der SPD bei den Kommunalwahlen nach 1945.

Wahltermin	Kandidaten
27. Januar 1946	Albert Hild
29. April 1948	Albert Hild
4. Mai 1952	Wilhelm Großmann
28. Oktober 1956	Wilhelm Weyershäuser
23. Oktober 1960	Heinrich Weiß
25. Oktober 1964	Heinrich Weiß
20. Oktober 1968	Dr. Erich Schäfer
22. Oktober 1972	Franz Josef Köppler
20. März 1977	Dr. Wolfgang Winckler
22. März 1981	Dr. Wolfgang Winckler
10. März 1985	Dr. Wolfgang Winckler
12. März 1989	Manfred Kaufmann
7. März 1993	Wolfgang Winckler
2. März 1997	Hans Tulatz
18. März 2001	Helga Pohl
26. März 2006	Helga Pohl

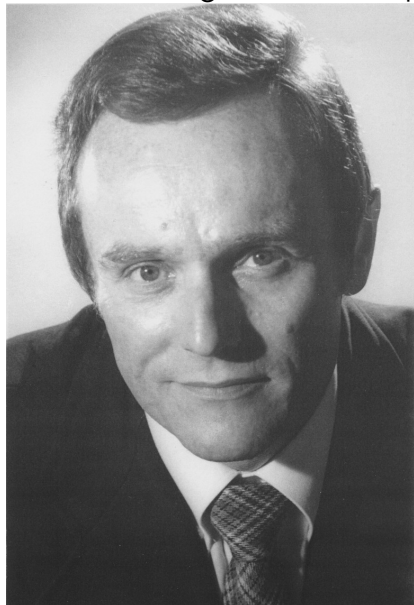
SPD-Spitzenkandidaten bei den Kommunalwahlen nach 1945

Kaum noch bekannt ist, dass der populäre SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Weiß zweimal an der Spitze der SPD für die Stadtverordnetenversammlung kandidierte und dann natürlich auch Stadtverordneter von Hofheim war. Nach Heinrich Weiß kandidierte 1960 und 1964 an zweiter Stelle Dr. Erich Schäfer, der dann 1968 Spitzenkandidat wurde. Dr. Erich Schäfer ist heute das älteste Mitglied des SPD-Ortsvereins Hofheims.

Dr. Erich Schäfer und Heinrich Weiß (v. l.)



1968 erreichte die SPD 10 von 25 Sitzen im Stadtparlament. Die Liste dieser 10 SPD-Stadtverordneten ist deshalb bemerkenswert, weil einige von ihnen später in Wahl-



ämtern außerhalb Hofheims Karriere gemacht haben.

Franz Josef Köppler wurde von 1980 bis 1992 Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Hans Joachim Krull

Hans Joachim Krull wurde von 1973 bis 1979 hauptamtlicher Dezernent der Stadt Frankfurt und danach bis zu einem frühen Tod 1983 Geschäftsführer der Stadtwerke Frankfurt.

Herrmann Krönung

Herrmann Krönung wurde zunächst von 1973 bis 1979 Bürgermeister von Usingen und danach bis zu seinem frühen Tod 1983 Bürgermeister von Bad König im Odenwald.

**Dr. Ludwig Fuhr**

Und Dr. Ludwig Fuhr wurde 1976 Bürgermeister von Friedberg und blieb es drei Wahlperioden lang bis 1994.

Hans Müller

In diese Reihe gehört auch Hans Müller, von 1952 bis 1963 SPD-Stadtverordneter in Hofheim und danach bis 1976 Bürgermeister von Neuenhain, heute Stadtteil von Bad Soden.



Man erkennt, dass die Stadtverordnetenfraktion viele potenzielle Bürgermeister in ihren Reihen hatte.

**Franz Josef Köppler,
Kommunalwahl 1972**



**Franz Josef Köppler
Spitzenkandidat
der Hofheimer SPD**

Ein vergleichbares, sogar besseres Ergebnis als die CDU erzielte die SPD im Vorfeld der Bundestagswahl 1972 im Oktober 1972 mit 43,4 % gegenüber 42,6 % der CDU. Franz Josef Köppler war der Spitzenkandidat und seit 1968 als 1. (ehrenamtlicher) Stadtrat der Vertreter von Bürgermeister Schwichtenberg. In dem jetzt auf 45 Sitze angewachsenen Stadtparlament hatten SPD und CDU jeweils 20 Abgeordnete, die FDP 2 und die FWG war mit 3 Abgeordneten das „Zünglein an der Waage“.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte im März 1971 die auslaufende Amtszeit von Bürgermeister Schwichtenberg um zwei Jahre verlängert, um die Wahl eines neuen Bürgermeisters für Hofheim auf die Zeit nach der Kommunalwahl 1972 verschieben zu können. Außerdem bestand Einvernehmen darin, dass dann auch zusätzlich zum Bürgermeister ein hauptamtlicher 1. Stadtrat gewählt werden sollte. Im Stadtparlament standen also wichtige Entscheidungen an, die die Hofheimer Kommunalpolitik auf Jahre hinaus prägen sollten.

Auch wenn die SPD- und CDU-Fraktionen gleich stark waren, war nach dem Wahlergebnis die SPD mit 0,8 % Stimmenvorsprung eindeutig die stärkste Partei in Hofheim. Der Vergleich mit dem Landtagswahlergebnis vom Januar 2008 in Hessen drängt sich auf: Auch hier haben SPD und CDU gleich starke Fraktionen, die CDU aber bei den Wählerstimmen den hauchdünnen Vorsprung von 0,1 %. Im Land nimmt sie jetzt wie selbstverständlich für sich in Anspruch, dass sie deshalb den Parlaments- und den Ministerpräsidenten stellen darf. In Hofheim fühlte sie sich 1972 an diese „demokratischen Spielregeln“ nicht gebunden, sondern wählte im Verein mit der FWG mit ihren zusammen 23 Stimmen zunächst Dr. Hanns Großmann, CDU wieder zum Stadtverordnetenvorsitzenden und im März 1973 den Ingelheimer Stadtrat Friedrich Flaccus, CDU zum Bürgermeister.

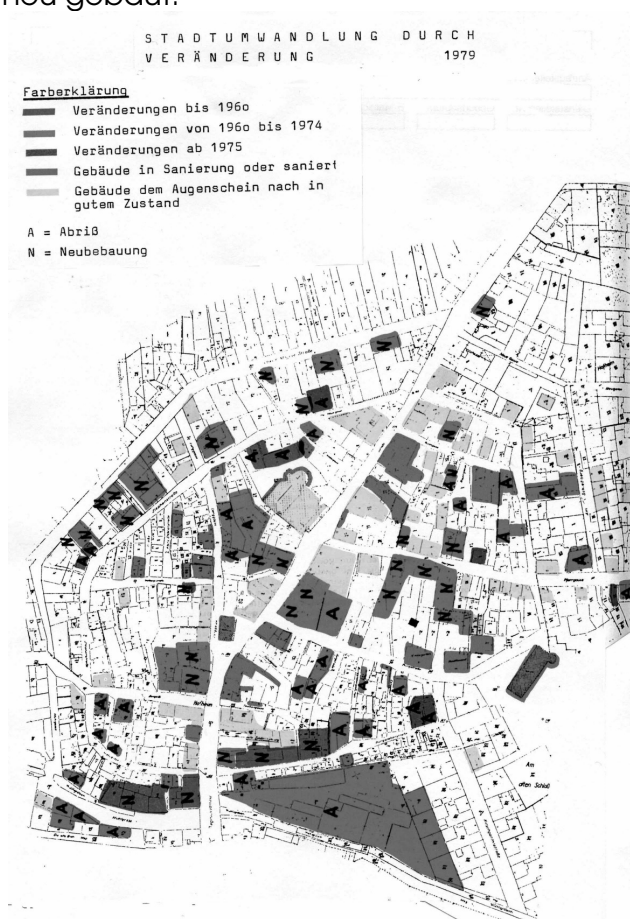
Die SPD hatte zunächst den Stadtoberrechtsrat Hartmut Franke der Stadt Mühlheim a. d. Ruhr als Bürgermeisterkandidaten nominiert. Als dieser kurzfristig seine Kandidatur zurückzog, kandidierte der SPD-Stadtverordnete Dr. Ludwig Fuhr, der seinerzeit Rechtsdirektor des Main-Taunus-Kreises war und später Bürgermeister von Friedberg wurde. Er erhielt 1973 bei der Wahl in Hofheim die 22 Stimmen von SPD und FDP. Auch bei der Wahl des hauptamtlichen 1. Stadtrates Ende August 1973 konnte sich die CDU/FWG-Koalition mit ihrer knappen Mehrheit durchsetzen und den parteilosen Werner Emde, Amtsrat im Landkreis Fulda, wählen. Die SPD hatte Rolf-Dieter Gerhards, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Garbsen nominiert, der die 22 Stimmen von SPD und FDP erhielt.

In dem damals 9-köpfigen Magistrat hatte die FWG nun zwei Sitze, die CDU vier, die FDP, die nur mit der Hilfestellung der SPD einen Sitz im Magistrat bekommen hatte, einen Sitz und die SPD zwei. Aus Protest gegen diese Sitzverteilung, die in keiner Weise dem

Wahlergebnis von 1972 entsprach, legten die SPD-Stadträte Franz Josef Köppler und Hans Friedel im September 1973 ihre Ämter nieder.

Die beherrschenden Themen der Hofheimer Kommunalpolitik der 60er und 70er Jahre waren die Altstadtsanierung und die Verkehrsplanung. Im Geist dieser Zeit wurden so radikale Lösungen zur „Modernisierung“ der Stadt in der Öffentlichkeit und im Stadtparlament diskutiert, gegenüber denen die heute heftig umstrittene Bebauung des Chignonplatzes nur ein bescheidener Eingriff in die Stadtgestalt ist. Der am weitesten gehende Vorschlag für die Bebauung der Innenstadt, den die CDU-Fraktion im März 1971 vorstellte, sah vor, dass die Altstadtbebauung zwischen Hauptstraße, Burggrabenstraße, Kirschgartenstraße und Neumann'schem Gelände abgerissen und durch bis zu achtstöckige Wohn- und Geschäftshäuser ersetzt werden sollte. Nur das „Türmchen“ sollte inmitten der Hochhäuser sozusagen als Denkmal erhalten bleiben. Der im Auftrag der Stadt 1970 von dem Büro Scholz, Düsseldorf, vorgelegte „Gesamtverkehrsplan“ für Hofheim sah z. B. den vier- bis fünfspurigen Ausbau der Elisabethenstraße vor, verbunden mit dem vollständigen Abriss der bestehenden westlichen Randbebauung.

Der Widerstand gegen diese Radikallösungen durch Flächensanierung entwickelte sich in der Öffentlichkeit und im Stadtparlament recht langsam. Wesentlichen Anteil daran, dass die Flächensanierung schließlich zugunsten der Objektsanierung aufgegeben wurde, hatte die im August 1974 gegründete „Bürgervereinigung Hofheimer Altstadt“. Im Stadtparlament gingen die wesentlichen Anstöße zum Umdenken in der Sanierungsfrage von der SPD-Fraktion aus, insbesondere von Dr. Erika Haindl. Im Dezember 1973 stellte die SPD z. B. den Antrag, für die Altstadt eine Ortssatzung im Sinne der Denkmalpflege zu erstellen und zu beschließen. Welche Verluste in der Altstadt schon eingetreten waren, zeigt recht eindrucksvoll ein Grundrissplan der Altstadt von 1979 aus der Dissertation von Erika Haindl. Alle mit A oder N gekennzeichneten Gebäude wurden abgerissen oder neu gebaut.



Altstadt mit Gebäuden, die bis 1979 abgerissen (A) oder neu gebaut (N) wurden.

Kurzer Ausblick bis zum Jubiläumsjahr 2008

Dr. Wolfgang Winckler



Unter den Spitzenkandidaten der SPD bei den Kommunalwahlen ist auch Dr. Wolfgang Winckler hervor zu heben, der drei Mal kandidierte, 1977 beim ersten Mal unter Rahmenbedingungen, die für die SPD sehr ungünstig waren. U. a. hatte die 1977 abgeschlossene Gebietsreform, bei der zuletzt Wallau und Wildsachsen zu Hofheim kamen, der SPD landesweit geschadet. Im Oktober 1976 war Albert Oswald wegen der HeLaBa-Affäre als hessischer Ministerpräsident zurückgetreten. Bei der Kommunalwahl im März 1977 verlor die SPD landesweit dramatisch, in Hofheim über 10 % der Stimmen. Von diesem Einbruch, das muss man rückblickend feststellen, hat sie sich seitdem bei Kommunalwahlen in Hofheim nicht mehr erholt.

Die CDU errang 1977 mit 52,9 % der Stimmen die absolute Mehrheit und blieb seitdem die stärkste Partei im Stadtparlament, auch wenn sie die absolute Mehrheit nicht mehr erreichte. Mit wechselnden Koalitionspartnern bildete sie die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat, zunächst bis zur Kommunalwahl 1993 abwechselnd mit den bürgerlichen Parteien FDP bzw. FWG.

Das relativ beste Ergebnis nach 1977 erzielte die SPD 1989 mit 30,0 %. Das folgende Bild zeigt das KandidatInnen-Team von damals mit Manfred Kaufmann an der Spitze.



Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 1989

(von links: Elke Eirich, Silvia Moritz-Kiefert, Dieter Reuschling, Sigrid Tschertner; Hans Tulatz, Wolfgang Winckler, Jürgen Rümmland, Stefan Sauer, Enno Eirich, Marianne Eirich, Dora Neuhold, Werner Moritz-Kiefert, Ralf Domscheit, Manfred Kaufmann, Willi Grossmann, Peter Walther, Luise Schulte, Günter Bouffier)

Die negativen Erfahrungen mit ihrem Koalitionspartner FWG bewegten die CDU nach der Kommunalwahl 1989 dazu, mit der SPD-Fraktion eine Koalitionsvereinbarung auszuhandeln. Diese damals schon mögliche „große Koalition“ wurde aber von der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Hofheim abgelehnt. Die Zusammenarbeit von CDU und SPD wurde erst nach der nächsten Kommunalwahl 1993 vereinbart. In der Folge wurde mit Hans Tulatz erstmals seit 1960 wieder ein Sozialdemokrat Stadtverordnetenvorsteher und der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Winckler hauptamtlicher Stadtrat. Er wurde 1999 und 2005 als Stadtrat wiedergewählt. Auf Hans Tulatz, der aus Hofheim wegzog, wurde mit Helga Pohl ein weiteres Mitglied der SPD-Fraktion von 1999 bis 2001 Stadtverordnetenvorsteherin.

Bei der ersten Direktwahl des Bürgermeisters 1995 kandidierte Hans Tulatz gegen den Amtsinhaber Rolf Felix, CDU, und erreichte mit 41,1 % der Stimmen ein sehr gutes Ergebnis. Klar übertroffen wurde er von der SPD-Kandidatin bei der Direktwahl 2001: Gisela Stang gewann mit dem äußerst knappen Vorsprung von 32 Stimmen und wurde Bürgermeisterin von Hofheim.

Eine nüchterne Bilanz **aller** Kommunalwahlergebnisse in Hofheim zeigt ein für die SPD nicht besonders erfreuliches Ergebnis: Bei allen bisherigen demokratischen Stadtverordnetenwahlen – bei denen davor sowie so nicht – gab es in Hofheim nie eine linke Mehrheit, sondern immer eine bürgerliche Mehrheit mit unterschiedlichen Parteien. Das gilt bezogen auf das Stadtparlament für Hofheim und seine im Laufe der Zeit hinzugekommenen Stadtteile. Nur viermal bei insgesamt 20 Kommunalwahlen seit 1919 hat es die SPD geschafft, stärkste Partei zu werden, nämlich 1919, 1952, 1956 und zuletzt 1972. 1919 bei der ersten allgemeinen, gleichen Wahl erreichte sie ihr bisher bestes Ergebnis mit rund 44 %, aber auch damals erhielten das Zentrum und eine bürgerliche Wählervereinigung mehr Stimmen als die SPD. Mit 43,8 % der Stimmen erreichte sie 1956 praktisch das gleiche Ergebnis, aber CDU, FDP und DBV zusammen bildeten immer noch eine bürgerliche Mehrheit.

In den vergangenen 100 Jahren gab es für die Stadtverordnetenfraktion und mit ihr für die SPD in Hofheim viele Hochs und Tiefs. Der Stimmungswechsel bei Wahlen war die Regel. Es ist ermutigend für uns alle, dass das letzte Jahr uns wieder ein Hoch beschert hat – die Wiederwahl von Gisela Stang als Bürgermeisterin, die schon bei ihrer Wahl 2001 bundesweit für Furore gesorgt hat. Zur Erinnerung eine Notiz in der Frauenzeitschrift Allegra vom Juli 2001. Die Frauenzeitschrift gibt es inzwischen nicht mehr, Gisela Stang wird uns als Bürgermeisterin hoffentlich noch lange erhalten bleiben.



**Wie wird man mit 31
Bürgermeisterin, Frau Stang?**

Gisela Stang, 31,
aus Hofheim

Gisela Stang in der Frauenzeitschrift Allegra, Juli 2001.

Quellen

Archivalische Quellen

Stadtarchiv Hofheim.: Protokolle der Stadtverordnetenversammlung.

Zeitungen

Anzeigebblatt für die Stadt Hofheim a. T.
Hofheimer Zeitung
Höchster Kreisblatt
Volksstimme Frankfurt
Volksstimme Wiesbaden
Freie Presse, Höchst

Amtliche Druckschriften

Handbuch der Provinzial-, Kreis- und Kommunal-Verwaltung in Hessen-Nassau. Marburg, 1878.

Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten. Städteordnung für die Provinz Westfalen. 1856, Nr. 20, S. 237-264.

Staats- und Kommunal-Adreß-Handbuch für den Regierungsbezirk Wiesbaden für 1907/08. Wiesbaden, 1906.

Sonstige gedruckte Quellen und Literatur

Becht, Manfred: Hofheim und seine Geschichte. Doppelband in Texten und Bildern, Band I (Textband). Hofheim, 2002.

Haindl, Erika: Kulturanalyse einer "historischen" Kleinstadt als Grundlage für kommunalpolitische Planungs- und Sozialaufgaben. Diss., Frankfurt, 1983.

Hüwe, Hans J.: Hofheim am Taunus, ein historischer Fotoband. Hofheim, 1982.

Kunz, Peter (Texte): Festschrift zum 600-jährigen Jubiläum der Stadt Hofheim 1352-1952. Hofheim am Taunus, 1952.

Miller, Susanne und Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002. 8. aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn, 2002.

Reuschling, Dieter: Reichstagswahlen im Main-Taunus-Kreis während der Weimarer Republik (1919-1933). Zwischen Main und Taunus. MTK-Jahrbuch 2007. Hofheim, 2006. S. 20-27.

Reuschling, Dieter: Reichstagswahlen im Gebiet des Main-Taunus-Kreises während des Kaiserreiches (1871-1918). Zwischen Main und Taunus. MTK-Jahrbuch 2006. Hofheim, 2005. S. 24-32.

Rühl, Günther: Hofheim in alten Ansichten. Band I, 3. Aufl., Zaltbommel, Niederlande, 1979 und Band II, 1980.

Scheid, Eva: Die Hofheimer Ledermanufaktur Mergenbaum im 18. Jahrhundert. Zwischen Main und Taunus. MTK-Jahrbuch 1995. Hofheim, 1994. S. 86-90.

Schlecker, Roswitha: Hofheim in Bildern 1872-2002. Doppelband in Texten und Bildern, Band II (Bildband), Hofheim, 2002.

von Trott, Jan: Für eine menschliche Stadt in einer vernünftigeren Welt.
Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Frankfurt am Main 80 Jahre - 1904-1984.
Frankfurt am Main, 1986.

Abbildungsnachweise

Haindl, E. (Diss., S. 185) 23

Hüwe, H. J. (Slg.) 5, 6 u., 14

Private Leihgaben 4, 9, 11, 12 o., 12 u., 14, 17, 18, 20 m., 21 u., 24 o.

Rühl, G. (Slg.) 6 o.

SPD-Ortsverein Hofheim 20 u., 21 o., 21 u., 22, 24 u.

Stadtarchiv 6 m., 7, 10

Anlage 1**SPD-Mitglieder des Magistrats und der
Stadtverordnetenversammlung im Jubiläumsjahr 2008****Magistrat:**

Gisela Stang,	Bürgermeisterin
Wolfgang Winckler	Stadtrat
Wulf Baltruschat	ehrenamtlicher Stadtrat
Harald Mollenhauer	ehrenamtlicher Stadtrat

Stadtverordnete:

Günter Bouffier	stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Dr. Barbara Grassel	Pressesprecherin
Cornelia Koall	
Bernhard Landman	zugleich Vorsitzender des Ausländerbeirates
Helga Pohl	stellvertr. Fraktionsvorsitzende
Stefan Sauer	Kassenwart
Petra Schaper	
Elisabeth Schmitt	
Werner Wittchen	Fraktionsvorsitzender

Pressespiegel

zur Jubiläumsfeier am 18. Januar 2008

Feier mit Rückblick

100 Jahre SPD-Stadtverordnetenfraktion

HOFHEIM (mwo) – Die SPD-Stadtverordnetenfraktion feiert am Freitag ihr 100-jähriges Bestehen im Rahmen einer kleinen Feier im Stadtmuseum. Neben den SPD-Mitgliedern sind als Gäste dazu auch ehemalige Fraktionsmitglieder eingeladen, die nicht mehr in Hofheim wohnen, sowie Nachfahren der ersten Fraktionsmitglieder. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion, Werner Wittchen, wird Kreistagsmitglied Dr. Dieter Reuschling einen historischen Rückblick über die letzten einhundert Jahre der sozialdemokratischen Fraktion im Hofheimer Stadtparlament geben. Danach werden einige Fraktionsmitglieder an wichtige Themen der Stadtgeschichte erinnern. Moderiert wird dieses Gespräch von Dr. Harald Lührmann. Der offizielle Empfang im Stadtmuseum findet fast

zeitgleich zur ersten Sitzung der SPD-Stadtverordnetenversammlung vor einhundert Jahren statt. Im Vorfeld dazu fanden im November 1907 in Preußen Kommunalwahlen statt. Bei dieser Wahl wurde nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählt. Jede der drei Klassen erhielt fünf Sitze im Hofheimer Stadtparlament. Die Wähler mit geringen Steuerzahlungen wurden der dritten Klasse zugeordnet. Für diese Klasse kandidierten in Hofheim SPD-Mitglieder. Sie errangen drei der fünf Stimmen in der dritten Klasse. Anlässlich der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Januar 1908 wurden die neuen Stadtverordneten durch Handschlag für ihr neues Amt verpflichtet. Dieser Tag ist somit der Tag der Gründung der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hofheim.

Hofheimer Zeitung, 15. Januar 2008

Seit 100 Jahren im Parlament

Hofheim SPD-Fraktion feiert Jubiläum

Von Andrea Rost

Wenn sich SPD-Stadtverordnete und Mitglieder des Ortsvereins heute Abend im Stadtmuseum treffen, haben sie allen Grund zum Feiern: Die Fraktion ist 100 Jahre alt, keine andere Partei sitzt so lange im Hofheimer Stadtparlament. „Das Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung weist nach, dass am 13. Januar 1908 erstmals drei Sozialdemokraten als Stadtverordnete durch Handschlag auf ihr neues Amt verpflichtet wurden“, sagt Dieter Reuschling. Er hat die Chronik der Genossen zum Jubiläum aufgearbeitet. Da Hofheim damals zu Preußen gehörte, galt bei den Wahlen im November 1907 das Dreiklassenwahlrecht, bei dem die Steuerzahlungen der Wähler über ihr Stimmgewicht entschied. Gewählt wurden Franz Diener, Adam Leicher und Emil Oskar Müller.

Der SPD-Ortsverein bestand zu dieser Zeit schon 15 Jahre. Nach der Reichstagswahl von 1893, bei der der SPD-Kandidat Friedrich Brühne erstmals auch für Hofheim das Reichstagsmandat erlangte, war der Einzug ins Stadtparlament der zweite große Erfolg des jungen Ortsvereins. Ohne Dreiklassenwahlrecht wären SPD-Kandidaten schon früher gewählt worden. Vor allem wären mehr Genossen ins Stadtparlament eingezogen, vermutet Reuschling. Denn bei der Reichstagswahl 1907 erhielt die SPD in Hofheim 40,7 Prozent der Stimmen.

1919 die stärkste Partei

Bei der ersten Kommunalwahl in der Weimarer Republik wurde die SPD 1919 in Hofheim mit 44,4 Prozent der Stimmen stärkste Partei vor dem katholischen Zentrum mit 38,8 Prozent. Von 1920 bis 1933 stellte die SPD mit Katharina Kemmler die erste Frau im Stadt-

parlament. In den Wirren der Weimarer Republik sank der Stimmenanteil bis 20,9 Prozent bei der Kommunalwahl im März 1933.

Die gewählten Stadtverordneten konnten ihr Amt allerdings nur kurz ausüben. Die NS-Mehrheit schloss sie am 5. Mai 1933 für vier Wochen aus, weil sie nicht an der von den Nazis organisierten Maifeier auf dem Kellereiplatz teilgenommen hatten. Im Juni 1933 wurde die SPD verboten, wenig später alle übrigen demokratischen Parteien. Nach dem Ende der NS-Diktatur fanden die ersten Kommunalwahlen in Hofheim am 27. Januar 1946 statt. Seitdem ist die SPD wieder ununterbrochen im Parlament präsent.



Adam Leicher wurde 1908 Stadtverordneter, Katharina Kemmler war 1920 die erste Frau im Parlament.

SPD HOFHEIM

SPD Hofheim: 100 Jahre im Stadtparlament

■ Von Kristiana Huber

Hofheim. Nur eine einzige Partei kann das vorweisen: Erstmals vor 100 Jahren – und bis auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur – seither durchgehend bis heute, hat die SPD eine Stadtverordnetenfraktion in Hofheim gestellt. Wie aus den Parlaments-Annalen hervorgeht, wurden am 13. Januar 1908 die Genossen Emil Oskar Müller, Franz Diener und Adam Leicher als neue Stadtverordnete verpflichtet. „Dieser Tag ist also der Geburtstag der SPD-Stadtverordnetenfraktion in Hofheim“, konstatierte der versierte Parteichronist Dieter Reuschling vor den Festgästen, die dieses Jubiläum am Freitag im Stadtmuseum feierten.

Die Hofheimer Parteichefin und Landtagskandidatin Cornelia Koall konnte bei der Jubiläumsfeier auch frühere Stadtverordnete ihrer Partei begrüßen, die an dieser langen Parteitradition mitgewirkt haben. Auch der Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Vater (CDU) erwies den Sozialdemokraten aufgrund dieses Ereignisses die Ehre und lobte sie als demokratische Mitstreiter.

Dieter Reuschling hat unter Mithilfe von Erich Schäfer, Peter Langlöddeke, Elcke Eirich und Hans Tulatz die historischen Quellen ausgewertet, die die Geschichte der Hofheimer SPD-Fraktion dokumentieren. In seinem Vortrag komprimierte er seine Erkenntnisse zu einer spannenden Zeitreise für die Festgäste. So hat Reuschling recherchiert, dass sich schon die ersten drei SPD-Stadtverordneten mutig für ihre Überzeugungen engagiert haben. Beispielsweise musste Emil Oskar Müller eine hohe Geldstrafe wegen angeblicher Beleidigung der Lehrerschaft zahlen, nachdem er die miserablen Schulverhältnisse angeprangert hatte.

Als die Hofheimer SPD ihren ersten Einzug ins Stadtparlament feierte, war sie bereits 16 Jahre alt. Denn der Ortsverein ist schon 1892 gegründet worden. Reuschling schreibt es dem undemokratischen Dreiklassen-Wahlrecht zu, das bis 1918 galt, dass die SPD nicht schon

früher städtische Parlamentssitze erringen konnte. Bei der ersten demokratischen Wahl in der Weimarer Republik im Jahr 1919 wurde die Hofheimer SPD jedenfalls auf Anhieb stärkste Fraktion, basierend auf einem Wahlergebnis von über 44 Prozent der Stimmen. Bei den 20 Kommunalwahlen seit 1919 ist es der SPD in Hofheim ansonsten nur noch dreimal gelungen, bei Wahlen stärkste Partei zu werden: 1952, 1956 und 1972. Als Wermutstropfen der Fraktions-Historie bilanziert Reuschling deshalb: „Bei allen bisherigen demokratischen Stadtverordnetenwahlen – bei denen vorher sowieso nicht – gab es in Hofheim nie eine linke Mehrheit, sondern immer eine bürgerliche Mehrheit mit unterschiedlichen Parteien.“

Eines macht der Hofheimer SPD allerdings so schnell niemand nach: Die erste Frau im Stadtparlament war mit Katharina Kemmler, die 1920 Stadtverordnete wurde, eine Sozialdemokratin. Und auch die erste Frau im Bürgermeisteramt der Stadt ist mit Gisela Stang eine Genossin. Letztere tritt dabei in die Fußstapfen ihres Großvaters Adam Stang.

Katharina Kemmler und ihre Genossen boykottierten 1933 die von den Nationalsozialisten organisierten Feiern zum 1. Mai auf dem Kellereiplatz. Wieviel Mut dazu gehörte, zeigen die Konsequenzen: Die SPD-Stadtverordneten wurden von den Sitzungen ausgeschlossen, im Juni 1933 wurde die SPD verboten.

Bei der ersten Wahl nach dem Ende der Nazi-Herrschaft im Januar 1946 zog die SPD mit dem Spitzenkandidaten Albert Hild ins Rennen, „einem Verfolgten des Nazi-Regimes“, wie Reuschling betont. Sie erreichte 42,4 Prozent der Stimmen und errang 5 Sitze im Stadtparlament, das damals im Kleinformat startete. Die anderen 7 Sitze holte sich die neugebildete CDU. Später ging die SPD wechselnde Bündnisse ein, erlebte Höhen und Tiefen, auch interne Spaltungen und Streitigkeiten. SPD-„Chef-Historiker“ Reuschling hat all das nun in der Parteichronik verzeichnet.



Taunus

27.1.08

Höchster Kreisblatt
hofheimer Zeitung



27.1.08

Au:

FR
Main
Flörsch

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

11
9

Vor 100 Jahren erste SPD-Stadtverordnete in Hofheim

Feierstunde der Sozialdemokraten im Stadtmuseum

lat. HOFHEIM. Im Pfälzer Hof, wo sich Anfang des vergangenen Jahrhunderts sonntags zum Frühschoppen stets die einflussreichsten politischen Honoratioren Hofheims von Sanitätsrat bis zum Apotheker trafen, waren die drei Sozialdemokraten keine gern gesehene Gäste. Als am 13. Januar 1908 der Techniker Oskar Müller, der Schlosser Franz Diener und Zimmermann Adam Leicher per Handschlag für ihr neues Amt als Stadtverordnete verpflichtet wurden, stand ihr Rang nach dem in Preußen geltenden Wahlrecht fest: Sie vertraten als Arbeiter lediglich die dritte Klasse. Am Freitagabend haben sich die Hofheimer Sozialdemokraten mit einer Feierstunde im Stadtmuseum an diese historische Stunde vor 100 Jahren und ihre politischen Pioniere erinnert.

Wie undemokratisch das ohnehin allein Männern vorbehaltene Wahlrecht gewesen ist, machte der frühere SPD-Vorsitzende Dieter Reuschling in seinem Festvortrag deutlich: Denn schon 1893, ein Jahr nach der Gründung, überflügelte die SPD im damals überwiegend katholisch geprägten Hofheim bei den Reichstagswahlen die Zentrumspartei mit 37 Prozent um fünf Prozentpunkte. Doch das politische Sagen hatten die politischen Vertreter des dritten Standes aufgrund des Dreiklassenwahlrechts damit noch lange nicht. So mussten sich die ersten SPD-Stadtverordneten darauf beschränken, die örtlichen Missstände öffentlich anzuprangern: Wie Reuschling herausfand, wettete Müller gegen den mangelhaften Unterricht in der Elementarschule im Kelle-reisgebäude, wo sich bis zu 80 Kinder ein Klassenzimmer teilten. Auch gegen den Rabatt für höheren Stromverbrauch, in dessen Genuss ohnehin nur reiche Bürger kommen konnten, machten die drei Sozialdemokraten Front. Und Leicher,

Müller und Diener setzten sich bereits 1908 für den Bau einer städtischen Badeanstalt ein, was allerdings die Stadtverordnetenmehrheit aus Kostengründen ablehnte.

In den Folgejahren erreichten Sozialdemokraten – Dreiklassenwahlrecht hin oder her – immer größeren Einfluss. Wie Reuschling berichtete, wurde schon 1912 Emil Oskar Müller Magistratsschöffe, und mit Glasermeister Josef Kunz wählte das Parlament 1918 erstmals einen Sozialdemokraten zum Stadtverordnetenvorsteher. Zwar ging die Hofheimer SPD aus der ersten Kommunalwahl nach dem Ende des Kaiserreichs wieder als stärkste Kraft hervor, doch mit Zentrum und Bürgerlicher Wählervereinigung fand sich eine bürgerliche Mehrheit, die in einem CDU/FDP-Bündnis derzeit eine Neuaufgabe erfährt.

Für einen Bruch mit der Tradition sorgten 1920 abermals die Sozialdemokraten: Sie schickten mit Katharina Kemmler die erste weibliche Stadtverordnete ins Stadtparlament. Heute erinnert an die streitbare SPD-Frau vergangener Jahre ein Straßennamen in der Kreisstadt.

Insgesamt fiel Reuschlings politische Bewertung über die Erfolge in 100 Jahren SPD-Stadtverordnetenfraktion jedoch eher nüchtern aus: Bei allen bisherigen demokratischen Stadtverordnetenwahlen sei in Hofheim nie eine linke Mehrheit zustande gekommen, berichtete er. Nur viermal bei insgesamt 20 Kommunalwahlen seit 1919 sei die SPD stärkste Partei gewesen, zuletzt 1972. Und das beste Ergebnis mit einem Stimmenanteil von 44 Prozent liege sogar schon 51 Jahre zurück. Vor diesem Hintergrund wertete Reuschling die Wiederwahl der Sozialdemokratin Gisela Stang zur Hofheimer Bürgermeisterin als ein Hoch, das sogar bundesweit für Furore gesorgt habe.

Ziel war eine städtische Badeanstalt

Als einzige Partei ist die SPD seit 100 Jahren im Hofheimer Stadtparlament präsent

Von
Martina Weyand-Ong

HOFHEIM Fast genau vor 100 Jahren zog die SPD in die Stadtverordnetenversammlung ein, in der sie bis heute vertreten ist. Damit ist die SPD die einzige Fraktion im Hofheimer Stadtparlament, die mit Ausnahme der Nazi-Zeit durchgängig seit 100 Jahren vertreten ist. Allem voran stand bei der kleinen Feierstunde zum Hundertjährigen, bei dem auch viel Polit-Prominenz vertreten war, der geschichtliche Rückblick.

Landtagskandidatin Cornelia Koall erinnerte an das 110-jährige Bestehen der SPD, das 2002 gefeiert worden war. „100 Jahre SPD-Fraktion heißt gelebt, erlebte und leider auch manchmal erlittene Geschichte unserer Stadt“, so Koall. „Es gibt keine andere Partei oder Fraktion, die Hofheim so geprägt hat wie die SPD“, lobte auch Unterbezirksvorsitzender Gerrit Richter. Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Vater (CDU) betonte dagegen, das gute demokratische Miteinander bei der Stadtgestaltung. Anschließend erinnerte „Chefarchivar“ und Ehrenkreistagsabgeordneter Dieter Reuschling an die Gründung des ersten Hofheimer SPD-Ortsvereins 1892, dessen erster kommunalpolitischer Erfolg sich allerdings erst 16 Jahre danach eingestellt habe. Grund dafür sei das in Preußen geltende, undemokratische Dreiklassen-Wahlrecht gewesen, bei dem das gesamte Steueraufkommen einer Gemeinde geteilt worden und danach die wahlberechtigten Männer entsprechend ihrem Anteil am Steueraufkommen in drei Abteilungen geteilt worden sei. Das habe dazu geführt, dass

1907 in Hofheim 569 Bürger der III. Klasse nur genau die sechs Abgeordneten hätten wählen können, die auch den 22 Bürgern der I. Klasse zugestanden hätten. „Von daher wird verständlich, dass es großer Anstrengungen der Sozialdemokratie bedurfte, um in die kommunalen Parlamente einzuziehen“, erklärte der Parteihistoriker.

Trotzdem habe die SPD mit den Genossen Emil Oskar Müller (Techniker), Frans Diener (Schlosser) und Adam Leichter (Zimmermann) alle drei Sitze der dritten Abteilung erringen können. Sie seien am 13. Januar 1908 in ihr Amt als Stadtverordnete eingeführt worden. Seitdem sei die SPD auch nach den folgenden Wahlen im Kaiserreich immer im Stadtparlament vertreten gewesen und erst recht auch nach

den demokratischen Wahlen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, ausgenommen bleibe dabei die Zeit der Nazi-Diktatur.

Neben der dezentralen Energieversorgung, die 1908 ein Thema waren, habe sich die Fraktion unter anderem auch um die Beseitigung der miserablen Schulverhältnisse in Hofheim gekümmert. Bereits 1908 sei auch eine städtische Badeanstalt gefordert worden, da die überwiegende Zahl der Wohnungen damals kein Badezimmer gehabt hätte. Als erste Frau sei dann 1920 Katharina Kemmler ins Stadtparlament eingezogen und bis Mai 1933 Stadtverordnete gewesen, berichtete Reuschling. Im Juni 1933 sei die SPD dann von den Nationalsozialisten verboten worden. Der Parteihistoriker erinnerte in seinem ge-

schichtlichen Rückblick unter anderem auch an Adam Stang, den Großvater von Bürgermeisterin Gisela Stang, der als Erster Beigeordneter auch für gut ein Jahr oberster Repräsentant der Stadt war nach der Suspendierung von Ernst Nilges 1950.

Und auch die Altstadtsanierung, für die sich die SPD-Nachrückerin Erika Haindl eingesetzt hat, blieb nicht unerwähnt. Auch wenn die SPD in der Regel im Magistrat die Mehrheit und viele potenzielle Bürgermeister in ihren Reihen gehabt habe, sei die Stadtverordnetenversammlung doch stets von einer bürgerlichen Mehrheit geprägt gewesen, konstatierte Reuschling. In Hofheim habe es nie eine linke Mehrheit gegeben: „Daran hat sich übrigens bis heute leider nichts geändert.“



Parteihistoriker Dieter Reuschling erinnerte an die Höhen und Tiefen seiner Fraktion in den vergangenen 100 Jahren.
Foto: Weyand-Ong

SPD-Fraktion feiert ihr Hundertjähriges

Außer in der Nazi-Zeit durchgehend eine Fraktion im Stadtparlament

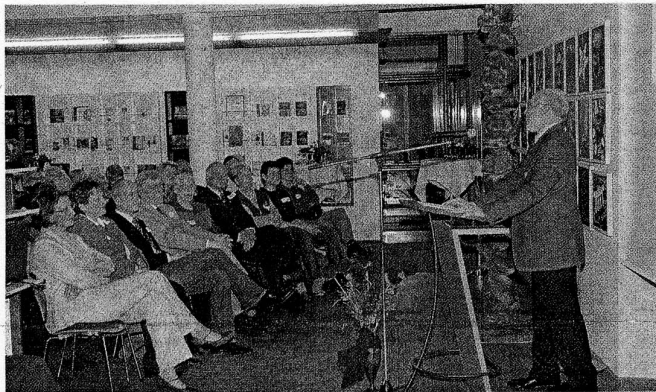
HOFHEIM (mwo) – Dass die SPD als einzige Fraktion im Hofheimer Stadtparlament mit Ausnahme in der Nazi-Zeit durchgängig seit einhundert Jahren vertreten ist, war den Sozialdemokraten jetzt eine Feier wert. Alte wie neue Mitglieder trafen sich am Freitagabend im Stadtmuseum zu einer kleinen Feierstunde. Allen voran stand dabei der historische Rückblick im Vordergrund, der von dem SPD-Chronisten Dr. Dieter Reuschling vorgetragen wurde. Neben SPD-Fraktionsvorsitzenden Werner

Wittchen, der die offizielle Feierstunde eröffnete, gab es auch Grußworte von der trotz des Wahlkampfes zahlreich erschienenen sozialdemokratischen Politprominenz, wie dem Unterbezirksvorsitzenden Gerrit Richter und der Landtagskandidatin Cornelia Koall. Aber auch Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Vater (CDU) hat es sich nicht nehmen lassen, der SPD zu diesem Jubiläum persönlich zu gratulieren und sie als demokratischen Mitstreiter zu loben.

Mit von der Partie war natürlich auch Bürgermeisterin Gisela Stang (SPD), die aus einer alten von der Sozialdemokratie geprägten Familie stammt und bei ihrem Amtsantritt 2001 mit 31 Jahren als jüngste Rathaus-Chefin deutschlandweit für Furore gesorgt hatte. Landtagskandidatin Cornelia Koall erinnerte bei ihrer Ansprache an das 110-jährige Bestehen der SPD, das 2002 gefeiert worden war. Dabei stelle die SPD als einzige Partei die älteste Fraktion in Hofheim mit großer Kontinuität für die Stadt. Sie bedankte sich für das, was in 100 Jahren geleistet worden sei. Fast so alt sei das älteste Mitglied Minna Mildenberg aus Diedenbergen, die nur ein Jahr jünger sei als die SPD-Fraktion. Gerade einmal zwei Jahre jünger sei der Ehrenvorsitzende Dr. Erich Schaefer. „100 Jahre SPD-Fraktion heißt gelebt, erlebte und leider auch manchmal erlittene Geschichte unserer Stadt“, betonte Koall. „Es gibt keine andere Partei oder Fraktion, die Hofheim so geprägt hat wie die SPD“, lobte auch Unterbezirksvorsitzender Gerrit Richter. Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Vater (CDU) betonte das gute demokratische Miteinander bei der Stadtgestaltung. Er erinnerte auch an die ersten Beschlüsse nach Einzug der SPD ins Stadtparlament, die 1908 die Grundlage für das Elektrizitätswerk zwischen Wasserschloss und der heutigen Stadtbücherei auf dem Kellerplatz gelegt haben. Im Main-Taunus-Kreis sei bekannt, dass in Hofheim relativ lange miteinander diskutiert werde, bevor gemeinsam beschlossen werde, so Vater. Als Geschenk zum Jubiläum brachte der Stadtverordnetenvorsteher ein Scheck über 100 Euro für die Hattersheimer/Hofheimer Tafel mit.

Geschichte der SPD-Fraktion

Anschließend gab „Chefarchivar“ Dr. Dieter Reuschling, der Ehrenkreistagsabgeordneter ist, einen Überblick über die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse seiner Fraktion in den letzten einhundert Jahren. Er erinnerte daran,



Zum 100-jährigen Bestehen der SPD-Fraktion gab Parteihistoriker Dr. Dieter Reuschling einen geschichtlichen Abriss, der mit dem Einzug ins Stadtparlament 1908 begann. Foto: mwo

dass Hofheim zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch stark von seinen mittelalterlichen Gestalt geprägt war und 1908 nur 3550 Einwohner in 771 Haushaltungen aufzuweisen hatte, die zu dreiviertel katholisch geprägt waren. 1892 sei der erste SPD-Ortsverein Hofheim gegründet worden. Aber erst 16 Jahre danach habe sich der erste kommunalpolitische Erfolg eingestellt, was an dem in Preußen geltenden, undemokratischen Dreiklassen-Wahlrecht gelegen habe. Dieses Wahlrecht, bei dem das gesamte Steueraufkommen einer Gemeinde geteilt worden sei und danach die wahlberechtigten Männer entsprechend ihrem Anteil am Steueraufkommen in drei Abteilungen geteilt wurden, habe in Hofheim dazu geführt, dass 1907 569 Bürger der III. Klasse nur genau die sechs Abgeordneten hätten wählen können, die auch den 22 Bürgern der I. Klasse zugestanden hätten. „Von daher wird verständlich, dass es großer Anstrengungen der Sozialdemokratie bedurfte, um in die kommunalen Parlamente einzuziehen“, betonte Dr. Reuschling.

Trotzdem habe die SPD mit den Genossen Emil Oskar Müller (Techniker), Frans Diener (Schlosser) und Adam Leicher (Zimmermann) alle drei Sitze der dritten Abteilung erringen können bei den kommunalen Ergänzungswahlen 1907, die am 13. Januar 1908 in ihr Amt als Stadtverordneter eingeführt wor-

den seien. „Dieser Tag ist also der Geburtstag der SPD-Stadtverordnetenfraktion in Hofheim“, so der Parteihistoriker. Seitdem sei die SPD auch nach den folgenden Wahlen im Kaiserreich immer im Stadtparlament vertreten gewesen und erst recht auch nach den demokratischen Wahlen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg – ausgenommen bleibe dabei die Zeit der Nazi-Diktatur.

Klassen mit 80 Schülern

Dr. Reuschling erinnerte auch an die Themen, für die sich die Sozialdemokraten eingesetzt haben. Neben der dezentralen Energieversorgung, die 1908 ein Thema war, habe sich die Fraktion auch um die Beseitigung der miserablen Schulverhältnisse in Hofheim gekümmert. Bis zu 80 Schüler seien damals in den Klassen gewesen und der Unterricht mangelhaft. Bereits 1908 sei auch eine städtische Badeanstalt gefordert worden, da die überwiegende Zahl der Wohnungen damals kein Badezimmer gehabt hätte. Mit dem Ende des Kaiserreichs sei auch die alte SPD-Forderung nach einem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Frauen erfüllt worden. Als erste Frau sei dann 1920 Katharina Kemmler ins Stadtparlament eingezogen und bis Mai 1933 Stadtverordnete gewesen, berichtete Dr. Reuschling. Im Juni 1933 sei die SPD von den Nationalsozialisten verboten worden, was

dazu geführt habe, dass allen Gemeindevertretern das Mandat entzogen worden sei. Zu den politisch Verfolgten habe auch Heinrich Weiß gehört, der später als Landtagsabgeordneter der SPD für den Main-Taunus-Kreis engagiert war. Der Parteihistoriker erinnert in seinem geschichtlichen Rückblick unter anderem auch an Adam Stang, den Großvater von Gisela Stang, der als Erster Beigeordneter auch für gut ein Jahr oberster Repräsentant der Stadt war nach der Suspendierung von Ernst Nilges 1950. Und auch die Altstadtsanierung, für die sich die SPD-Nachrückerin Dr. Erika Haindl eingesetzt hatte, blieb nicht unerwähnt.

Auch wenn die SPD in der Regel im Magistrat die Mehrheit und viele potenzielle Bürgermeister in ihren Reihen gehabt habe, sei die Stadtverordnetenversammlung doch stets von einer bürgerlichen Mehrheit geprägt gewesen, konstatierte Dr. Reuschling am Schluss seiner Betrachtungen. In Hofheim habe es nie eine linke Mehrheit gegeben. „Daran hat sich übrigens bis heute leider nichts geändert.“ Nach dem geschichtlichen Rückblick erinnerten sich Fraktionssmitglieder im Rahmen einer Gesprächsrunde, die von Dr. Harald Lührmann moderiert wurde, ebenfalls noch an wichtige Themen der SPD in Hofheim. Danach konnten sich die geladenen Gäste bei einem kleinen Umtrunk austauschen.